



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

2016

Pia-Rebekka Arend

**Die Politisierung  
moralpolitischer Themen durch  
neue rechte Parteien**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Steffen Hurka  
SoSe 2016

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Literaturüberblick.....</b>	<b>3</b>
2.1 Säkularisierungstheorie.....	3
2.2 Cleavage-Theorie.....	4
2.3 Engeli et al.: „Two worlds of morality politics“.....	4
2.3.1 Definition der „religiösen Welt“.....	5
2.3.2 Definition der „säkularen Welt“.....	6
2.4 Policy-Agenda-Setting-Theorie.....	6
2.4.1 Anwendung in der religiösen Welt.....	8
2.4.2 Anwendung in der säkularen Welt.....	9
<b>3. Research Puzzle: Dänemark.....</b>	<b>11</b>
<b>4. Analyse.....</b>	<b>14</b>
4.1 Chapel Hill Expert Survey.....	14
4.2 Politisierung von moralischen Themen.....	16
4.2.1 Fallbeispiel Dänemark – Dansk Folkeparti.....	17
4.2.2 Fallbeispiel Österreich – Freiheitliche Partei Österreichs.....	22
<b>5. Fazit.....</b>	<b>29</b>
5.1 Generalisierbarkeit.....	29
5.2 Zusammenfassung der Arbeit.....	32
5.3 Reflexion.....	33
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>35</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>36</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>41</b>
<b>Danksagung.....</b>	<b>46</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung.....</b>	<b>47</b>

# 1. Einleitung

Spätestens seit dem Verfassungsreferendum über die gleichgeschlechtliche Ehe in Irland, ist die Frage zu stellen, ob die Religion immer noch die treibende Kraft bei moralpolitischen Debatten ist. Das eher traditionell konservativ-katholische Irland stimmte mit einer überraschenden Mehrheit von fast zwei Dritteln für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Dennoch ist die bisherige Forschungsliteratur von der Erklärungskraft religiöser Strukturen innerhalb moralpolitischer Debatten überzeugt. Dies wird bestärkt durch das Fehlen von aussagekräftiger Forschung, die eine Politisierung auch anhand von anderen Konfliktlinien für möglich hält.

Wenn sich die bisherige Forschungsliteratur mit den Begriffen „Moral“ oder „Politik“ beschäftigte, wurde entweder eine normative Bewertung des politischen Handelns von Politikern oder die Analyse von politischen Themen, denen ein gesellschaftlicher Wertekonflikt zu Grunde liegt, durchgeführt. Bei den Wertekonflikten werden meist gesellschaftliche Grundwerte definiert, dabei werden das menschliche Leben betreffende Entscheidungen getroffen wie zum Beispiel bei Debatten um Abtreibung, Sterbehilfe und embryonale Stammzellenforschung. Moralpolitik umfasst ebenfalls Themen mit Sexualbezug wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Prostitution und Pornografie, die Regulierung von Suchtverhalten und Suchtstoffen sowie grundsätzliche Fragen zu der Vereinbarkeit individueller Freiheiten und kollektiver Werte (Knill et al. 2015a, S. 16).

Die meisten Wertekonflikte sind nicht immer und grundsätzlich von Bedeutung, ihre Relevanz schwankt im zeitlichen Verlauf. Betrachtet man alleine die letzten Jahre, so zeigt sich, dass bei dem für diese Arbeit wichtigen Thema der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner ein enormer Bedeutungszuwachs stattgefunden hat. Während bis zum Jahr 2000 als einziges Land nur die Niederlande die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt hatte, kamen in den nachfolgenden 16 Jahren 21 weitere Staaten hinzu (Kollman 2007; Fortin 2012).

Der gängige Forschungsstand zum Politikfeld der Moralpolitik erklärt die Politisierung der moralischen Themen durch die im Parteiensystem verankerten konfessionelle Konfliktstrukturen. Ziel dieser Arbeit soll es sein die bisherige Forschung weiter zu ent-

wickeln und zu ergänzen. Dies soll vor allem im Bereich der Untersuchung von Parteipositionen umgesetzt werden. Die bisherige Forschung kann keine konsistenten Ergebnisse bei der Erhebung von Parteipositionen bei moralpolitischen Themen nachweisen. Die Arbeit von Engeli et al. „two worlds of morality politics“ (Engeli et al. 2012a) gilt als state of the art wenn es um die vergleichende Moral-Policy-Forschung geht. Im nachfolgenden Literaturteil wird zunächst die Forschung von Engeli et al. sowie der Forschung zu Grunde liegenden Theorien vorgestellt.

Die Forschungsfrage dieser Arbeit ist eng an ein theoretisches Puzzle geknüpft, welches sich ebenfalls aus der Literatur von Engeli et al. ergibt. Ohne den Ergebnissen von Engeli et al. viel vorweg nehmen zu wollen, ist der Grad der Politisierung von moralischen Themen stark an das Vorhandensein von konfessionellen Konflikten im Parteiensystem geknüpft. Bei der empirischen Betrachtung der Ergebnisse des Landes Dänemark, ist eine geringe Politisierung zu erwarten. In der Realität lassen sich jedoch gegenteilige Beobachtungen anstellen. Daher wird die Frage aufgeworfen, ob eine Politisierung durch Parteien auch unabhängig von konfessionellen Konfliktlinien möglich ist. Auf den theoretischen Konzepten der Cleavage-Theorie (Lipset und Rokkan 1967) und der policy agenda-setting Theorie (Baumgartner und Jones 1993) wird die Politisierung von moralischen Konflikten analysiert. Neben dem angesprochenen Fallbeispiel Dänemark wird Österreich als ein Land mit grundsätzlich anderen Konfliktlinien ausgewählt, um eine möglichst umfassende Prüfung für einen Erklärungsansatz zu schaffen. Anschließend werden ausgewählte Parteien auf ihre Position zu moralpolitischen Themen hin untersucht, um einen Erklärungsmechanismus herauszuarbeiten. Die Konzentration auf rechte Parteien ist neben dem begrenzten Umfang der Arbeit, vor allem der bisherigen Forschungslücke im Bereich der moralpolitischen Positionen von rechten Parteien geschuldet. Die Arbeit soll aufzeigen, unter welchen Bedingungen Parteien auch ohne konfessionelle Konfliktlinien moralische Themen auf die politische Agenda bringen können. Abschließend soll ein Ausblick auf andere Parteien und Länder gegeben werden. Dadurch kann eine mögliche Entwicklung der moralpolitischen Debatten in den nächsten Jahren dargelegt werden. Letztendlich werden mithilfe der „unintended consequences“ (Merton 1936) aufgezeigt, dass rechte Parteien Themen politisieren können, für die sie nicht gewählt wurden.

## **2. Literaturüberblick**

Auch wenn die bisherige Forschung zu Politikgehalten zu moralischen Themen nicht weit vorangeschritten ist, lassen sich zwei gängige Forschungsstränge in der bisherigen Literatur auffinden. Die in einer langjährigen Tradition stehende Forschung zur Abgrenzung von moralischen und anderen Politikbereichen wurde vor allem in einem US-amerikanischen Kontext durchgeführt (Mooney 2001a). Der zweite Strang der Forschung, welcher erst in den letzten Jahrzehnten aufkam, versucht länderspezifische Unterschiede in der Ausgestaltung von moralpolitischen Policy-Entscheidungen zu erklären. Dabei wird hauptsächlich ein Augenmerk daraufgelegt, wie tolerant oder restriktiv ein Land zu bestimmten moralpolitischen Themen steht. Moralpolitische Inhalte umfassen zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Sterbehilfe, Stammzellenforschung oder Abtreibung (Fink 2008; Engeli 2009).

Dieser Forschungszweig konnte jedoch bisher keine konsistenten Ergebnisse vorweisen, da sich die Ergebnisse je nach moralpolitischen Schwerpunkt teilweise widersprechen. Da sowohl die Erklärungskraft von politischen Institutionen als auch von Parteien auf dem politischen Spektrum gering war, wendete sich das Interesse der vergleichenden Forschung den christdemokratischen Parteien und religiösen Akteuren wie der Katholischen Kirche zu (Rothmayr et al. 2004).

### ***2.1 Säkularisierungstheorie***

Um das Beispiel aus der Einleitung wieder aufzugreifen, lassen sich auch gegenteilige Beobachtungen machen. Irland - ein konservativ-katholisches Land - führte über den ungewöhnlichen Weg eines Referendums die gleichgeschlechtliche Ehe ein. Daher ist auch die in der Forschung stark diskutierte Säkularisierungstheorie zu beachten (Pollack et al. 2012; Pollack und Pickel 2000). Die Säkularisierungstheorie greift zweierlei Aspekte auf. Erstens behauptet sie, dass sich die Signifikanz von Religion in modernen Gesellschaften im Vergleich zu früheren Zeitepochen abschwächt. Daraus ergibt sich die Annahme, dass der Stellenwert von Religion und Kirche und deren Lehren in früheren Gesellschaften ein höherer war. Die zweite Annahme beschreibt, dass der religiöse Bedeutungsrückgang auf Prozesse der Modernisierung zurückgeführt werden kann. Dabei

soll jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass auch andere Faktoren den religiösen Wandel aktiv beeinflussen können (Pollack 2013).

## **2.2 Cleavage-Theorie**

Um die Unterschiede in der Ausgestaltung der Konflikte innerhalb der Moralpolitik erklären zu können, müssen auch Konflikte innerhalb des Parteiensystems beachtet werden, da diese den moralischen Konflikten meist vorgelagert sind. Dadurch besitzen Parteikonflikte das Potenzial moralische Konflikte zu dominieren. Kein anderer Konflikt hat das Parteiensystem Westeuropas so geprägt wie der zwischen Staat und Kirche. Die Arbeit von Lipset und Rokkan (1967) führte den „Cleavage-“ Begriff ein, welcher die Existenz eines soziostrukturell verankerten Konflikts in der Gesellschaft beschreibt. So hat das Verhältnis von Staat und Kirche dazu geführt, dass sich in einigen Ländern konfessionelle Parteien bilden konnten. In diesem Zusammenhang sind *cleavages* als dauerhafte Bindung zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien zu bezeichnen (Lipset und Rokkan 1967).

## **2.3 Engeli et al.: „Two worlds of morality politics“**

Mit Hilfe des Forschungsbeitrages von Engeli, Green-Pedersen und Larsen (Engeli et al. 2012b) wurde versucht neben theoretischen Beschreibungen auch Erklärungen zu finden, welche die Unterschiede in der Ausgestaltung von Moralpolitik aufzeigen. Auch Engeli et al. sehen das größte Erklärungspotenzial durch die Existenz oder Abwesenheit von konfessionellen, in diesem Fall christlichen Parteien im Parteiensystem (Engeli et al. 2012b, S. 11, 2013).

Diese Forschungsarbeit kann als eine Weiterentwicklung der Arbeiten von Engeli et al. angesehen werden. Die im nächsten Abschnitt vorgestellten Theorien werden später im Analyseteil wiederaufgenommen und weiterentwickelt. Engeli et al. untersuchen, ob moralische Themen in diesen bereits existierenden politischen Konflikt - zwischen religiösen und säkularen Positionen - integriert werden können. Ihre Idee ist es, mithilfe einer Typologie der „two worlds of morality politics“ eine Erklärung der unterschiedlichen Ausgestaltung von *moral policys* zu liefern. Die Verwendung von Typologien nach dem Vorbild von Esping-Andersen's „Typologie von Wohlfahrtsstaaten“ ermöglicht

eine Differenzierung einer „religious“ und einer „secular world“. Wie bei jeglicher Art von Typologisierung weisen Engeli et al. darauf hin, dass durch die Zuordnung der Länder zu einer der beiden Welten, nicht die Aussage getroffen werden soll, dass sich alle Länder einer Welt in Bezug auf moralpolitische Themen exakt gleich verhalten. Viel eher dient die Zuordnung der Länder zu dem Idealtypus einer Welt der Abgrenzung zu den Ländern der anderen Welt. Die Einordnung eines Landes in die religiöse Welt lässt ebenfalls nicht den Rückschluss zu, dass die Bevölkerung dieses Landes religiöser ist als Gesellschaften aus säkularen Ländern. Auch soll keine Aussage darüber getroffen werden, ob eine vorherrschende Religion im Land vorliegt oder nicht. Der ausschlaggebende Unterschied ist, ob sich der oben beschriebene Konflikt zwischen Staat und Kirche im Parteiensystem verankert hat. Ist der Konflikt im Parteiensystem verankert, spiegelt sich dies in einem Konflikt zwischen konfessionellen und säkularen Parteien wieder (Engeli et al. 2012b, S. 2). Sollte dies in einem Land der Fall sein, so wird dieses Land der religiösen Welt zugeordnet. Länder der säkularen Welt weisen hingegen diese Konfliktlinie nicht auf.

### **2.3.1 Definition der „religiösen Welt“**

Die religiöse Welt ist gekennzeichnet durch die Präsenz von Religion im Parteiensystem, typischerweise hervorgebracht durch die Existenz von christdemokratischen Parteien. Dieser Konflikt spiegelt sich vor allem in der Debatte um moralpolitische Themen wieder, da diese Themen das Potenzial besitzen, den langjährigen Konflikt zwischen säkularen und religiösen Positionen wieder aufzugreifen. Innerhalb der religiösen Welt ist die Politisierung moralischer Themen sehr wahrscheinlich, da sowohl die religiösen als auch die säkularen Parteien Anreize besitzen, moralische Debatten auf die politische Agenda zu bringen. Religiöse Parteien können anhand moralischer Themen die Interessen ihrer Stammwählerschaft vertreten. Säkulare Parteien nutzen moralische Debatten dazu, um sich gegen konfessionelle Parteien abzugrenzen. In beiden Fällen sind Anregungen gegeben, welche eine Politisierung von moralischen Themen ermöglicht (Engeli et al. 2012b, S. 15). Als Beispiele für Länder der religiösen Welt führen Engeli et al. Spanien, Portugal, die Niederlande, Schweiz, Deutschland und Österreich an.

### **2.3.2 Definition der „säkularen Welt“**

Innerhalb der zweiten Gruppe von Ländern, nämlich in der säkularen Welt, lässt sich kein signifikanter Konflikt zwischen Staat und Kirche nachweisen, oder der Konflikt liegt so weit in der Vergangenheit, dass er gegenwärtig keinen Einfluss auf die Debatte um moralische Themen mehr hat. Wie auch bei der religiösen Welt werden keine Aussagen über den tatsächlichen Zustand der Religiosität der Bevölkerung gemacht. Der Begriff zielt nur darauf ab, welche Rolle Religion, religiöse Akteure und Argumente im politischen System spielen. Die säkulare Welt ist dadurch charakterisiert, dass keine große Partei religiöse Wurzeln hat und das Fragen nach Religion kaum eine Rolle in Parteipolitiken spielen (Engeli et al. 2012b, S. 19). Dadurch ergibt sich auch die Schlussfolgerung, dass eine Politisierung von moralischen Themen in Ländern der säkularen Welt unwahrscheinlicher ist als in den Ländern der religiösen Welt. Da den Parteien die Konfliktlinie fehlt, an der sie sich sonst gegeneinander Abgrenzen, besteht für sie kaum ein Anreiz moralische Themen auf die Agenda zu setzen und moralische Themen somit zu Politisieren. Mit Dänemark, Großbritannien und Frankreich führen Engeli et al. Fallbeispiele für Länder der säkularen Welt an.

### **2.4 Policy-Agenda-Setting-Theorie**

Damit ein latentes Thema wie die Politisierung eines Politikfeldes untersucht werden kann, muss zunächst eine geeignete Operationalisierung gefunden werden.

Um den Grad der Politisierung eines bestimmten Themas festzustellen, wird daher auf die *policy-agenda-setting-theory* zurückgegriffen. Diese wurde erstmals in Schattschneider's (1960) „The Semi-Sovereign People“ vorgestellt. Demnach ist eine Agenda im politischen Sinne, ein Set von politischen Kontroversen, welche von ideologischen oder politischen Gruppen angelegt werden können, um die aktuellen oder in naher Zukunft liegenden politischen Debatten zu beeinflussen (Schattschneider 1960, 68f.). Mithilfe der Weiterentwicklung dieser Theorie durch Baumgartner und Jones (1993) werden nun diverse unterschiedliche Erklärungsdimensionen herausgearbeitet, um die Konfliktbestimmung eines bestimmten Politikfeldes zu ermöglichen.

Baumgartner und Jones unterscheiden vier Dimensionen – *attention, actors, framing, venue*-, welche das *agenda-setting* beeinflussen (Baumgartner und Jones 1993, 83f.; Engeli et al. 2012b, S. 9) (s. Abbildung. 1):

1. Der erste Faktor beruht auf dem von Schattschneider (1960) angesprochenem Fokus der Konfliktausdehnung. Dabei wird unterschieden, ob der politische Konflikt vor einem großen gesellschaftlichen Publikum ausgetragen wird oder eher nur direkt im Konflikt beteiligte Akteure diesen zur Kenntnis nehmen.
2. Der zweite Faktor beschreibt die Akteurskonstellation um das Konflikthema. Die Themen können durch die beteiligten Akteure beeinflusst werden. So können die Themen durch eine sehr begrenzte und spezialisierte Personengruppe (Experten) behandelt werden oder es können Akteure, wie Präsidenten, Bundeskanzler und Parteivorsitzende involviert sein. Bei der zweiten Akteurskonstellation liegt die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Themen, die besonders polarisieren und daher eine entscheidende Rolle in Wahlkämpfen spielen können.
3. Der dritte Faktor wird von der Fachliteratur meist als „problem definition“ (Dearing und Rogers 1996) oder „framing“ bezeichnet. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die Art und Weise gelegt, wie argumentiert wird. Die Themen können von verschiedenen Positionen aus diskutiert werden. So kann Abtreibung beispielsweise als Eingriff in das Recht des Lebens des ungeborenen Kindes angesehen werden oder als Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper der Frau (Engeli et al. 2012b, S. 9). Aus diesen verschiedenen Perspektiven ergeben sich daher zwangsläufig völlig unterschiedliche Argumente und Argumentationsstrukturen.
4. Der letzte Faktor ist der institutionelle Austragungsort der politischen Kontroversen. Debatten in Gerichtssälen entwickeln eine andere Dynamik, als wenn diese in Parlamenten oder Expertenausschüssen ausgetragen werden (Baumgartner und Jones 1993, 31f.).

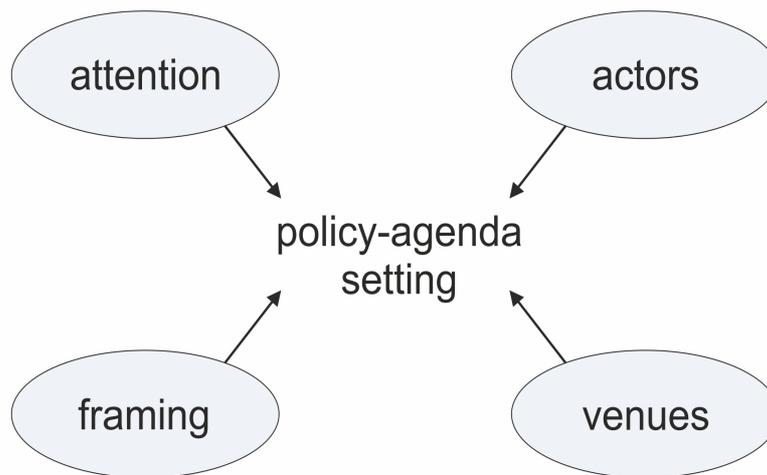


Abbildung 1: Faktoren des Agenda-Settings  
 Quelle: Baumgartner und Jones (1993),  
 eigene Darstellung

Als nächstes werden die zuvor vorgestellten vier Faktoren des *agenda-settings* – Konfliktausdehnung, Akteurskonstellationen, Framing und Austragungsorte- auf die religiöse und säkulare Welt bezogen, um den Unterschied in der Möglichkeit zur Politisierung von moralischen Themen zu verdeutlichen. Hierzu wird auf die vorhandene Literatur von Engeli et al. Bezug genommen.

Wie bereits erwähnt, besteht der hauptsächliche Unterschied zwischen den beiden Welten darin, dass konfessionelle Parteien im Parteiensystem aufzufinden sind und aktiv auf den Policy-Prozess Einfluss nehmen können. Das Vorhandensein der konfessionellen Parteien hat große Auswirkungen auf die vorgestellten vier Dimensionen, die den *agenda-setting* Prozess bedingen.

## 2.4.1 Anwendung in der religiösen Welt

### Akteurskonstellationen

Innerhalb der religiösen Welt sind bei Debatten um moralische Themen die politischen Parteien die zentralen Akteure. Die Positionen zu diesen Themen spalten sich entlang der religiösen-säkularen Konfliktlinie. Parteien wie Grüne, Liberale und Sozialdemokraten definieren ihre Position zu den moralischen Themen auf der Grundlage, dass sie säkular sind und damit einhergehend durch ihre Abgrenzung zu den konfessionellen Parteien (Engeli et al. 2012b, S. 16).

## **Konfliktausdehnung**

Innerhalb der religiösen Welt besitzen moralische Themen großes Potenzial politisiert zu werden, da sie große Aufmerksamkeit seitens der politischen Parteien erfahren. Einerseits müssen die christlichen Parteien die Interessen ihrer konfessionellen Stammwählerschaft vertreten und erhalten dadurch den Anreiz moralische Themen auf die Agenda zu setzen, andererseits haben auch säkulare Parteien Anreize moralische Debatten aufkommen zu lassen. Säkulare Parteien können moralische Themen „pushen“, um sich von christlichen Parteien zu distanzieren (Engeli et al. 2012b, S. 16).

## **Framing**

Argumente um moralische Konflikte sind meist mit der Frage verbunden welche Rolle die Religion in den Entscheidungen spielen sollte. Hauptsächlich bei Debatten die das menschliche Leben betreffen, wie Abtreibung und Sterbehilfe, kommt in Ländern der religiösen Welt häufig die Frage auf, ob der individuelle Mensch, Gott, die Kirche oder der Staat die Entscheidung über Leben und Tod treffen sollte (Engeli et al. 2012b, S. 16).

## **Austragungsorte**

Der Policy-Prozess wird durch Parteien, Parteienkonflikte und welche Parteien, die gerade an der Macht sind, geprägt. Es macht demnach einen großen Unterschied für die *policy-outputs* von moralischen Debatten, ob christliche Parteien in der Regierung vertreten sind oder nicht (Engeli et al. 2012b, S. 17). Auch das allgemeine politische System des jeweiligen Landes hat Auswirkungen auf den Policy-Prozess. So können majoritäre Hürden das *agenda-setting* von moralischen Themen verlangsamen oder gar verhindern.

## **2.4.2 Anwendung in der säkularen Welt**

Nachdem die Politisierung von moralischen Themen innerhalb der religiösen Welt beschrieben wurde, werden die vier Dimensionen auch auf die säkulare Welt angewendet.

## **Akteurskonstellationen**

Die säkulare Welt ist durch die Abstinenz von konfessionellen Parteien charakterisiert. Der dominierende Konflikt ist daher nicht zwischen religiösen und säkularen Parteien, sondern eher zwischen linken und rechten Parteien zu finden. Dies schafft kaum Möglichkeiten politische Debatten um moralische Konflikte entstehen zu lassen. Moralische Themen werden meist als ethische Fragen abseits der *party-politics* behandelt. Für die Akteure ist es daher kennzeichnend, dass sie nur unter großem Widerwillen klare Position bei moralischen Debatten beziehen (Engeli et al. 2012b, S. 20).

## **Konfliktausdehnung**

Wie zuvor erwähnt, werden moralische Debatten in säkularen Ländern eher außerhalb des Parteienwettbewerbs behandelt. Aus diesem Grund besitzen die Parteien kaum Anreize sich mit moralischen Themen zu beschäftigen. Die Aufmerksamkeit ist daher eher gering (Engeli et al. 2012b, S. 21).

## **Framing**

Die Argumente werden nicht anhand einer einheitlichen Konfliktlinie differenziert. Vielmehr werden themenspezifische Argumentationsstrukturen entwickelt, welche sehr unterschiedlich ausfallen können (Engeli et al. 2012b, S. 21).

## **Austragungsorte**

Resultierend aus dem Fehlen des Parteienkonflikts ist der Austragungsort von Debatten über moralische Themen nicht auf der Parteebene zu finden. Moralische Konflikte werden eher auf der Ebene der *parliamentary-politics* ausgeführt als auf der Ebene der *party-politics* (Engeli et al. 2012b, S. 21).

Betrachtet man die beiden Welten in Hinblick auf die vorgestellten vier Faktoren, so lässt sich ganz klar aufzeigen, dass das Vorhandensein oder das Fehlen von konfessionellen Parteien einen erheblichen Einfluss auf den Agenda-Setting-Prozess hat. In Ländern der religiösen Welt nutzen sowohl christliche als auch säkulare Parteien moralische Konflikte, um sich voneinander abzugrenzen. Dies spiegelt sich auch in ihren Argumenten wieder. Daher bestehen große Anreize für Parteien moralische Themen zu politisieren. In der säkularen Welt hingegen besteht durch das Fehlen von konfessionellen Par-

teien kaum das Interesse und nur wenig Anreiz für Parteien moralische Themen auf die Agenda zu setzen.

### 3. Research Puzzle: Dänemark

Im Folgenden sollen die vorgestellten Dimensionen des *agenda-settings* anhand des Fallbeispiels Dänemark verdeutlicht werden. Dänemark wird von Engeli et al. der säkularen Welt zugeordnet. Moralische Themen erhalten wenig Aufmerksamkeit durch politische Parteien. Sollte doch das Interesse von Parteien zu moralischen Themen bestehen, so lassen sich nicht zwangsläufig klare und stabile Parteipositionen identifizieren. Daher ist kaum Konfliktpotenzial bei moralischen Themen festzustellen. Policy-Entscheidungen werden ohne signifikanten Parteienkonflikt oder Verhandlungen auf Parteebene geführt (Albæk et al. 2012, S. 137). Da in Dänemark, wie es für Länder der säkularen Welt typisch ist, keine beachtenswerte Konfliktlinie zwischen religiösen und säkularen Positionen im Parteiensystem aufzufinden ist, gibt es einen geringen Grad der Politisierung von moralischen Themen. Der dänische Ethikrat berät die Regierung und das Parlament in Fragen um moralische Themen und kann somit eine große Rolle im Gesetzgebungsprozess spielen (Albæk et al. 2012, S. 137). Auch die zu erwartende geringe Aufmerksamkeit lässt sich laut Engeli et al. (Albæk et al. 2012) nachweisen. Bei der Analyse von Parteiprogrammen aus den Jahren 1966-2007 finden Engeli et al., bis auf die Ausnahme der christlichen Demokraten, fast keine Nennungen von moralischen Themen wie Abtreibung oder Stammzellenforschung (s. Anhang: Tabelle 2).

Ebenfalls lassen sich moralische Themen kaum auf der parlamentarischen Ebene wiederfinden. Diese niedrige Anzahl von Interpellationen und Anträgen auf Parlamentsebene verdeutlichen, dass moralische Themen nicht Teil des Parteienwettbewerbs in Dänemark sind (Albæk et al. 2012, S. 142, siehe Tabelle: 1).

	Abortion	Same-sex marriage	Euthanasia	Embryo and stem-cell research	ART
Interpellations	2	0	0	3	1
Motions	1	6	0	0	4

Tabelle 1: Interpellations and motions about five morality issues in the Danish parliament, 1953-2010  
Quelle: Albæk et al. 2012 S.142

Engeli et al. kommen deshalb zu dem Schluss, dass Dänemark ein Land der säkularen Welt repräsentiert, in dem moralische Konflikte kaum Platz in der Politik finden.

Wenn man den Theorien von Engeli et al. (Engeli et al. 2012a) folgt, so müssten sich die vorgestellten Annahmen in der Empirie wiederfinden. In der Realität lassen sich aber zum Teil gegenläufige Sachverhalte beobachten. Bei der Debatte um das Recht von gleichgeschlechtlichen Paaren, sich kirchlich trauen lassen zu dürfen, kam es zu einem Konflikt, der auch auf das Parteiensystem übergegriffen hat. Dabei wurden von der Beziehung zwischen Staat und Kirche bis hin zur Definition der Ehe Argumente seitens der Parteien hervorgebracht. Im Jahr 2006 brachte die damalige Opposition unter der Führung der Sozialdemokraten einen Antrag ein, welcher gleichgeschlechtlichen Paaren eine kirchliche Trauung ermöglichen sollte. Dieser Antrag wurde jedoch von der Regierung, bestehend aus liberalen und konservativen sowie von der Dänischen Volkspartei (DF) abgelehnt (Freedom House 2007; Østergaard-Hansen 2008). Damals entbrannte eine, für säkulare Länder eher untypische Diskussion um dieses moralische Thema. Während sich die Konservativen von einer möglichen politischen Entscheidung distanzieren und auf die Entscheidung der Kirche verweisen, kam es vor allem zwischen den Sozialdemokraten und der dänischen Volkspartei zur Zuspitzung der Debatte. So forderten die Sozialdemokraten Geschlechterneutralität bei den rechtlichen Fragen, die die Ehe betreffen. Die Dänische Volkspartei hingegen lehnt gleichgeschlechtliche Partnerschaften - im Sinne einer Ehe - strikt ab (Østergaard-Hansen 2008). Auch die Annahme von Engeli et al., dass weder in Parteiprogrammen, noch in Parlamentsanträgen moralpolitische Themen aufzufinden sind, stimmt nicht mit der Empirie überein. Vor allem bei der Dänischen Volkspartei lassen sich eine Vielzahl von Aussagen zu moralpolitischen Themen wiederfinden (Dansk Folkeparti; Dansk Folkeparti 2009). Auch bei den Parlamentsanträgen finden sich gerade im Bezug zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft und der Ehe Konflikte zwischen Parteien wieder (Folketinget 2010a, 2012). Was jedoch am meisten überrascht, ist die Tatsache, dass auch außerhalb des Parlamentes und der Parteipolitik moralische Themen von Parteien angesprochen werden. Hier ist als Beispiel wieder die Dänische Volkspartei zu nennen. Durch die Aussagen von Parteimitgliedern der DF wie „Schwule sind behindert, da sie nicht die Konditionen für die Ehe und Familie erfüllen“ und dass nach einer möglichen Legalisierung gleichgeschlechtli-

cher Partnerschaften, auch das Recht eingefordert werden könnte, seinen Hund zu heiraten (Brygger 2015) wurde dem moralischen Thema größere Beachtung geschenkt (Østergaard-Hansen 2008).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die bisherige Forschung zu moralpolitischen Themen die Aussagekraft von politischen Parteien nicht konsequent aufzeigen konnte. Am vielversprechendsten erschien der Ansatz von Engeli et al. die Konfliktlinie zwischen Staat und Kirche auf das Parteiensystem anzuwenden und demnach zu unterscheiden, ob konfessionelle Parteien eine wichtige Rolle im Parteiensystem spielen oder nicht. Doch anhand des oben genannten Fallbeispiels Dänemark wurde das analytische Puzzle vorgestellt, welches im Folgendem erklärt werden muss. Da es bis zum jetzigen Zeitpunkt keine eindeutigen Ergebnisse gibt, ob Parteien auch unabhängig von religiösen Konfliktlinien Einfluss auf moralische Debatten ausüben können, soll die vorliegende Arbeit einen Ansatz dazu liefern diese Forschungslücke zu schließen.

## 4. Analyse

Wie bereits erwähnt, soll diese Arbeit den Beitrag leisten die Frage zu beantworten, ob Parteien auch unabhängig von konfessionellen Konfliktlinien moralische Debatten politisieren können. Bei der Betrachtung des Puzzles und der starken Rolle der Dänischen Volkspartei im Konflikt um die gleichgeschlechtliche Ehe fällt auf, dass es anders als erwartet in einem säkularen Land zu einer Politisierung von moralischen Themen kommen kann. Da keine christlichen Parteien im Parteiensystem etabliert sind, fällt der religiöse Erklärungsansatz weg und es müssen andere Mechanismen gefunden werden, die eine Politisierung erklären können. Ein möglicher Erklärungsansatz, welcher jedoch durch die bisherige Forschung nicht bestätigt werden konnte, ist, dass auch bei moralpolitischen Themen eine Politisierung durch die Polarisierung zwischen linken und rechten Parteien stattfindet. Somit können auch moralische Konflikte, entgegen bisheriger Annahmen, entlang des politischen links-rechts Spektrums verlaufen.

Diese Arbeit konzentriert sich daher auf die Politisierung von moralischen Themen durch Parteien entlang des politischen Spektrums. Da jedoch der Umfang der Arbeit begrenzt ist und rechte Parteien in diversen Ländern bei nationalen Wahlen große Erfolge hatten und daher eine große Entscheidungsmacht bei ihnen liegt, soll der Fokus dieser Arbeit auf den rechten Parteien liegen.

### **4.1 Chapel Hill Expert Survey**

Um rechte Parteien definieren zu können, wird der Chapel Hill Expert Survey Datensatz (CHES) zur Hilfe genommen. Die Expertensurvey (Bakker et al. 2015) liefert Daten zu den Positionen von 268 Parteien bei den Themen Ideologie, Europäische Integration und Policy-Positionen in 31 Ländern. Die Umfrage wurde zwischen Dezember 2014 und Februar 2015 durchgeführt. Für die Umfrage wurden 337 Experten in den Disziplinen Parteien und Europäische Integration befragt. Aufgrund der höheren Reliabilität und Validität sind Expertenumfragen anderen Erhebungsformaten, welche auch Parteipositionen messen, - wie dem Manifesto Project - vorzuziehen (Hooghe et al. 2010). Auch im Vergleich mit anderen Expertensurveys (Benoit-Laver, Rohrschneider-Whitefield) zeigen sich die Ergebnisse des CHES Datensatzes konstant (Hooghe et al.

2010, S. 699). Um die ideologische Positionen der Parteien zu ermitteln, konnten die Experten die Parteien auf einer Skala von null bis zehn einordnen. Dabei steht null für extrem links, fünf für Mitte und zehn für extrem rechts. Eine weitere Variable, die aus dem CHES Datensatz verwendet wird, ist die Position der Parteien zu ihren Ansichten bei demokratischen Freiheiten und Rechten. Während liberale und postmaterialistische Parteien Wert auf persönliche Freiheiten legen wie zum Beispiel Recht auf Abtreibung, aktive Sterbehilfe oder gleichgeschlechtliche Ehe, weisen autoritäre und traditionelle Parteien solche Forderungen zurück. Auch hier konnten die Experten die Parteien auf einer Skala von null bis zehn einordnen. Null wäre die liberale, postmaterialistische Position, fünf die Mitte und bei zehn die traditionalistische und autoritäre Position (Bakker et al. 2015). Betrachtet man nun Dänemark anhand dieser zwei Variablen, so lässt sich deutlich feststellen, dass die Dänische Volkspartei von den Experten als eine rechte und äußerst traditionalistische Partei angesehen wird (siehe Abbildung 2). Deswegen wird exemplarisch, anhand der Dänischen Volkspartei die Analyse durchgeführt.

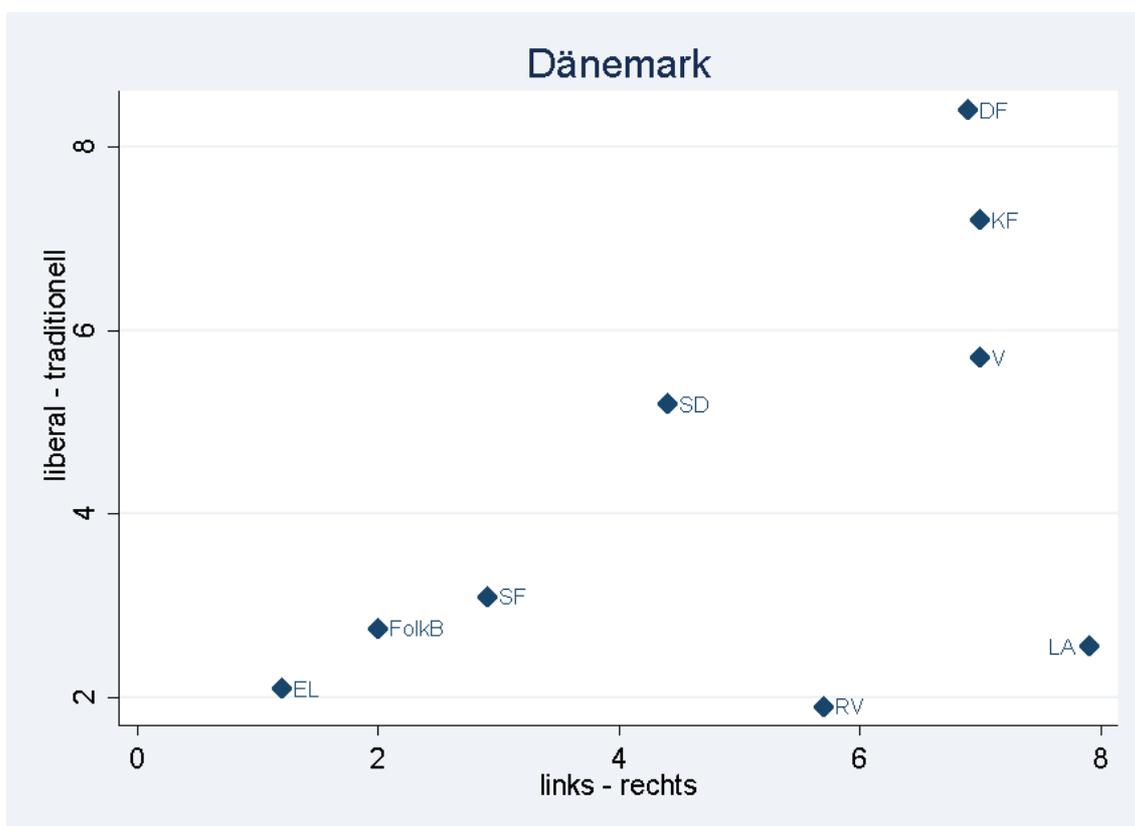


Abbildung 2: Positionen der dänischen Parteien auf dem politischen Spektrum  
 Anmerkung: Vollständige Liste aller Parteien und Positionen, siehe Anhang Tabelle 3  
 Quelle Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

## 4.2 Politisierung von moralischen Themen

Um die Politisierung von moralischen Themen zu untersuchen, wird auf den Ansatz von Engeli et al. zurückgegriffen und mit Hilfe der *policy-agenda-setting-theory* versucht einen analytischen Rahmen zu schaffen, welcher einen Ländervergleich erlaubt. Hierfür werden die von Baumgartner und Jones (1993) entwickelten vier Faktoren – Konfliktausweitung, Akteurskonstellation, Framing und Austragungsorte der Debatten – aufgegriffen. Um bei dieser explorativen Fallstudie neben einem Land der säkularen Welt auch ein Land der religiösen Welt zu untersuchen, wurde mit Österreich ein Land ausgewählt, welches von Engeli et al. der religiösen Welt zugeordnet wurde. Diese Fallauswahl lässt sich durch die bessere Zugänglichkeit der zu untersuchenden Dokumente und den Umfang der Arbeit erläutern. Ein Ausblick auf andere Länder erfolgt am Schluss dieser Arbeit. Wie bereits erwähnt, liegt dieser Arbeit ein explorativ, induktives Forschungsdesign zu Grunde. Dabei wird angenommen, dass die *policies* (Moralpolitik) als unabhängige Variable durch die abhängigen Variablen - *politics* und *polity* - erklärt werden können. Des Weiteren wird die Annahme getroffen, dass die Parteiendifferenzhypothese zutrifft. Daraus lässt sich der Zusammenhang ableiten, dass eine Korrelation zwischen den Wahlprogrammen der Parteien bzw. der parteipolitischen Färbung der Parteien und den Inhalten staatlicher Entscheidungen besteht. Das bedeutet, dass politische Parteien - in diesem Fall speziell Regierungsparteien – als die wichtigsten politischen Akteure angesehen werden (Schmidt 1997).

Um den großen Bereich der Moralpolitik einzuschränken und analysieren zu können, untersucht diese Arbeit speziell die Entscheidungen und Argumente bei der Debatte um die gleichgeschlechtliche Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

Um die Politisierung von moralischen Themen vergleichen zu können, wird dies anhand der vorgestellten *agenda-setting* Theorie durchgeführt. Dies geschieht durch die vier Faktoren des *policy-agenda-settings*. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Faktoren der Akteurskonstellation und des Framings. Beide Faktoren werden mithilfe einer qualitativen Dokumentenanalyse beschrieben. Hierzu werden Parteiprogramme, Arbeitsspiere der Parteien, Parlamentsanträge und Debatten in Parlamenten auf Akteure und ihre Argumente in Bezug den oben genannten moralischen Themen analysiert. Ebenfalls

werden Pressemeldungen sowie von den Parteien veröffentlichte Dokumente zur Analyse verwendet.

#### **4.2.1 Fallbeispiel Dänemark – Dansk Folkeparti**

Wie bereits mehrfach erwähnt, gilt Dänemark für Engeli et al. als Beispiel für ein Land der säkularen Welt. Das parlamentarische Einkammersystem Dänemarks wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, so dass eine proportionale Repräsentation vorliegt. Die meisten Gesetzgebungsprozesse werden durch die Regierung im Parlament eingeführt, aber auch einzelne Abgeordnete können Anträge einbringen. Durch diese Struktur des dänischen Parlamentes und die Dominanz der politischen Parteien können moralische Debatten kaum an anderen Orten politisiert werden als im Parlament (Albæk et al. 2012, S. 138). Auch das Fehlen eines Verfassungsgerichts bestärkt das Parlament als Austragungsort der moralischen Debatten. Das dänische Parteiensystem konstituierte sich aus dem links-rechts, Eigentümer-Arbeiter Konflikt. In den 1930er Jahren etablierte sich der rechts-links Konflikt als die dominante Spannungslinie im dänischen Parteiensystem. Zu den vier etablierten Parteien gehören die Sozialdemokraten (SD) und die Sozialliberalen („Radikale Venstre“ (RV)), welche den linken Flügel bilden. Den rechten Flügel bilden die Liberalen („Venstre“ (V)) und die „Konservative Folkeparti“ (KF). In den 1960er etablierte sich die Sozialistische Volkspartei („Socialistik Folkeparti“ (SF)). Mit der Gründung der Dänischen Volkspartei („Dansk Folkeparti“ (DF)) im Jahr 1990 konstituierte sich eine Partei, die es schaffte mittels Immigrationspolitik große Wahlerfolge zu feiern (Albæk et al. 2012, S. 139; Rydgren 2004, S. 475).

Das sozial-liberale Dänemark erkannte als erstes Land 1989 die eingetragene Lebensgemeinschaft von homosexuellen Paaren an. Obwohl sich die Parteien entlang des politischen Spektrums anordneten, wurde das Thema nicht politisiert. Die Parteien hoben für die Abstimmungen über moralische Themen den Fraktionszwang auf, doch die meisten Abgeordneten folgten den Positionen ihrer Parteien. Demnach befürworteten die linken Parteien die gleichgeschlechtliche Partnerschaft, die rechten lehnten den Vorschlag ab. Nach dieser Vorreiterrolle Dänemarks bei der Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften blieben dennoch weitere Themen unbehandelt. Dazu zählen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und die Gleichstellung der

Ehe homosexueller Paare. Dies umfasst hauptsächlich das Recht auf eine kirchliche Trauung (Albæk et al. 2012, S. 149).

Erst im Jahr 2012 wurde ein Gesetz erlassen, welches die Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren bei der Ehe vorsieht, sowie das Recht auf kirchliche Trauungen von homosexuellen Paaren (Folketinget 2012). Erst zwei Jahre zuvor wurde ein ähnlicher Antrag (Folketinget 2010a), welcher die Gleichstellung der Partnerschaftsformen zum Ziel hatte, mit 52 zu 57 Stimmen abgelehnt. Es drängt sich bei dieser Beobachtung die Frage auf, warum es 23 Jahre dauerte, bis die völlige Gleichstellung vollzogen wurde. Ein möglicher Erklärungsansatz liegt in der legislativen Macht der Parteien im politischem System Dänemarks. Die Dänische Volkspartei lehnt die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern strikt ab und die DF hatte über Jahre die politische Macht Vorschläge von Befürwortern der Homo-Ehe zu blockieren. Bei den Wahlen 2011 verlor die Dänische Volkspartei eine erhebliche Zahl an Sitzen im Parlament. Dadurch wurde die amtierende Regierung zu Gunsten einer eher linksgerichteten Regierung abgelöst. Im Zuge dieser neuen Regierung aus Liberalen und Sozialdemokraten kam es zu einer Verschiebung der politischen Dynamiken (Fortin 2012). Auch wenn die Dänische Volkspartei den Gesetzesvorschlag 2012 als einzige Partei einheitlich ablehnte, wurde der Vorschlag mit 85 zu 24 Stimmen, nach der dritten Lesung im Parlament angenommen (Folketinget 2012). Bei den letzten Parlamentswahlen am 18. Juni 2015 erreichte die Dänische Volkspartei 37 Sitze und ist somit zweitstärkste Partei im Parlament, hinter den Sozialdemokraten (Danmarks Statistik 2015). Diese Entwicklung und die Tatsache, dass Pia Kjöersgaard, die ehemalige Parteivorsitzende der Dänischen Volkspartei und deren Mitbegründerin, in dieser Legislaturperiode amtierende Parlamentspräsidentin ist, lassen die Vermutung zu, dass mittlerweile die Dänische Volkspartei als die dominante Oppositionspartei angesehen werden kann.

Im nächsten Schritt soll nun überprüft werden, inwiefern die vier Faktoren des *agenda-settings* sich auf Dänemark anwenden lassen. Dabei werden zunächst hauptsächlich die Beobachtungen des *framings* durch die Dänische Volkspartei beschrieben. Im Grundsatzprogramm der Dänischen Volkspartei wird die Familie als Kern der dänischen Gesellschaft bezeichnet, wobei dort nur von Ehepartnern, Eltern und Kindern die Rede ist (Dansk Folkeparti 2002). Aus diesen Akteuren bildet sich die Institution Fami-

lie. In ihrem Arbeitsprogramm wird der ablehnende Standpunkt der DF gegenüber der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern recht deutlich. Sie respektieren den Kampf vieler Dänen zur Gleichstellung von Homosexuellen und Heterosexuellen in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wollen aber gleichzeitig nicht bei der positiven Diskriminierung von Homosexuellen Beihilfe leisten. Somit unterstützt die DF - aus ihrer Perspektive - aus die Rechte von Homosexuellen und treten zeitgleich für traditionelle Familienwerte ein. Als Folge dieses Umstandes lehnt die DF es ab, dass Homosexuelle sich kirchlich trauen lassen können, da die Ehe eine Vereinigung von Mann und Frau sei, welche respektiert werden muss. Ebenfalls wird das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare mit dem Argument abgelehnt, dass jedes Kind, ob von Geburt an oder durch Adoption, das Recht auf einen Vater und eine Mutter hat (Dansk Folkeparti 2009). Pia Kjærsgaard - zum damaligen Zeitpunkt noch Parteivorsitzende der DF - veröffentlichte eine Pressemeldung im Zuge der Debatte um die Homo-Ehe im Jahr 2012, zum Thema der kirchlichen Trauung von gleichgeschlechtlichen Partnern (Dansk Folkeparti 2010). Auch in der Pressemitteilung wird vorangestellt, dass die Dänische Volkspartei für persönliche Freiheitsrechte und Gleichheit einsteht und somit jegliche Art von sexueller Orientierung, so lange sie legal ist, akzeptiert. Dennoch sieht sie einen Unterschied zwischen Gleichheit und dem Recht auf eine kirchliche Trauung. Die Debatte wird aus dieser Sicht nicht für Gleichheit sondern gegen die Ehe geführt. Wenn Gleichheit gefordert werden würde, müssten nicht nur christliche Kirchen die Eheschließung von gleichgeschlechtlichen Paaren durchführen, sondern auch Synagogen, Tempel und Moscheen. Da dies für die DF in absehbarer Zeit nicht realistisch erscheint, sei die Forderung der Homosexuellen abzulehnen. Die Ehe wird als eine Institution, als Zusammenleben von Mann und Frau und Kindern angesehen, welche durch die Ausweitung auf Homosexuelle untergraben werden würde. Auch die mögliche Kritik an einer solchen Sichtweise wird behandelt. Natürlich gibt es auch Ehen zwischen Mann und Frau die kinderlos sind, das Argument ist jedoch nicht das Vorhandensein von Kindern, sondern die Möglichkeit zur Zeugung von Kindern. Ebenfalls müssen die Interessen des ungeborenen Kindes berücksichtigt werden, so Kjærsgaard. Dabei werden die Qualitäten der hHomosexuellen als Eltern auch nicht angezweifelt, sondern es wird das Recht eines jeden Kindes auf Vater und Mutter stark gemacht. Wird ein Kind von homosexuellen Paaren adoptiert, so sieht die DF eine Ungleichheit

dieses Kindes gegenüber Kindern aus Familien mit heterosexuellen Eltern. Das Kind müsse seine Identität aufgeben, damit die Eltern ihre eigene Identität ausleben können (Dansk Folkeparti 2010). Aus diesen oben beschriebenen Gründen sieht die Dänische Volkspartei die Homo-Ehe nicht als erforderliche Gleichstellungsmaßnahme an, sondern viel eher als ein Versuch die Ehe als Institution abzuschaffen. Aufgrund dieser Argumente lehnte die DF den Antrag zur Homo-Ehe einheitlich ab (Folketinget 2012).

Auch bei den Debatten im Parlament lassen sich ähnliche Argumente wiederfinden. Im Vorfeld der Debatte zur Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren bei der Ehe im Jahr 2007 vertrat die Dänische Volkspartei das Argument, dass die Ehe nur zwischen Mann und Frau geschlossen werden kann (Folketinget 2007, S. 34). Das Hauptargument war auch damals schon die Voraussetzung das Kinder aus der Beziehung entstehen können. Für die DF ist dies bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften nicht gegeben und daher auch nicht mit der Ehe zwischen Mann und Frau vergleichbar (Folketinget 2007, S. 39, 44). Ähnliche Argumente wurden auch bei der Debatte 2010 vorgebracht. Es werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern stark gemacht, welche als Erfordernis für die Zeugung von nachfolgenden Generationen notwendig seien (Folketinget 2010b, S. 40). Ein weiteres Argument, welches im Verlauf dieser Debatte von der Dänischen Volkspartei eingebracht wurde, sind die möglichen Auswirkungen die eine Gleichstellung von registrierten Partnerschaften und der Ehe mit sich bringt. So befürchtet die DF, dass falls den Forderungen nach einer Gleichstellung der Partnerschaftsformen nachgekommen wird, aufgrund des Argumentes der Gleichheit auch andere Formen der Partnerschaft legalisiert werden müssen. Als Beispiel dafür werden polygame Beziehungen genannt (Folketinget 2010b, S. 80).

Bei der Debatte um den Antrag zur Gleichstellung von registrierten Partnerschaften und der Ehe (Folketinget 2012) wurde auch auf die Ungleichheit der Lebensformen verwiesen. Martin Henriksen, Mitglied der Dänischen Volkspartei, spricht die Unterschiede der verschiedenen Partnerschaftsformen an und beschreibt, dass eine völlige Gleichheit zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren nicht möglich sei, da es naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern gäbe (Henriksen 2012a). Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam noch ein weiterer wichtiger Punkt auf. Die Dänische Volkspartei fordert andere Parteien auf Position zu dem moralpolitischen Thema zu be-

ziehen. Da die DF selbst eine klare Position vertritt und dies auch von anderen Parteien erwartet, versucht sie den Fraktionszwang bei Abstimmungen über moralpolitische Themen einzuführen. Im Besonderen werden Parteien aus der Mitte des politischen Spektrums wie die Liberalen dazu aufgefordert eine einheitliche Parteiposition zu vertreten, da diese Partei innerlich als stark zerstritten gilt, was moralische Themen angeht (Henriksen 2012b). Durch die Forderung nach einer Parteiposition seitens der Dänischen Volkspartei lässt sich auch die Vermutung zu, dass eine Abstimmung ohne Fraktionszwang für die DF abzulehnen wäre. Die Aufforderung nach einer klaren Parteiposition würde zu einer starken Polarisierung bei moralpolitischen Themen führen.

### **Agenda-Setting**

Anhand der oben vorgestellten Beobachtungen soll nun die Empirie mit der *agenda-setting-theory* verbunden werden

### **Konfliktausweitung**

Der zu erwartende Widerwille der Parteien moralische Themen zu behandeln, lässt sich zumindest bei der Dänischen Volkspartei nicht auffinden. Moralische Themen, wie gleichgeschlechtliche Ehen und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, werden sowohl in Programmen der Partei als auch von führenden Politikern dieser Partei angesprochen. Dies lässt sich durch Pressemitteilungen und die sonstige Berichterstattung in der Presse bestätigen

### **Framing**

Bei der Analyse der Argumente der Dänischen Volkspartei fällt auf, dass hauptsächlich aus traditionalistischer Sicht argumentiert wird. Die Kernfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern muss als Kern der Gesellschaft geschützt werden. Deshalb ist die Institution Ehe und die Kindeserziehung nur für heterosexuelle Partnerschaften vorgesehen. Auch die Argumentation, dass nur eine Partnerschaft aus zwei verschiedenen Geschlechtern das Kindeswohl garantieren kann, wird von der DF mehrfach verwendet.

### **Austragungsorte**

Es lässt sich bestätigen, dass der Hauptaustragungsort der Debatten über moralische Themen das Parlament ist. Die Verhandlungsmitschriften der Gesetzesanträge (Folketinget 2010a, 2012) bestätigen dies.

Die Frage mit der sich diese Arbeit jedoch hauptsächlich beschäftigt ist, welcher Akteur die treibende Kraft hinter der Politisierung von moralischen Themen ist. Ein Erklärungsansatz, der sich aus den oben beschriebenen Beobachtungen ableiten lässt ist, dass rechte Parteien - auch unabhängig von religiösen Konfliktlinien - eine Politisierung herbei führen können.

### **Mechanismus**

Der diesem Erklärungsansatz zugrundeliegende Mechanismus für die Politisierung von moralischen Themen in Ländern der säkularen Welt ist, dass durch die Annäherung von konservativen Parteien (Konservative Partei) an progressive Parteien (Sozialdemokraten) ein politisches Vakuum rechts der Konservativen entsteht. Dieses Vakuum können dann Parteien wie die Dänische Volkspartei besetzen. Durch die Besetzung des rechten Pols kann auch der rechts-links Konflikt moralische Themen politisieren. Der rechts-links Konflikt kann eine Politisierung dann herbeiführen, wenn das rechte politische Spektrum hauptsächlich von Konservativen besetzt wird, wie es in Dänemark der Fall ist. Diese konservativen Parteien etablieren sich hauptsächlich anhand traditionalistischer Ansichten. Diese traditionelle Ausrichtung ermöglicht es den linken Parteien sich als Opposition dazu zu positionieren. So kann auch in einem säkularen Land eine Konfliktlinie entstehen, welche eine Politisierung von moralischen Themen ermöglicht.

### **4.2.2 Fallbeispiel Österreich – Freiheitliche Partei Österreichs**

Im Gegensatz zum säkularen Beispiel Dänemark, soll mit Österreich - einem Land der religiösen Welt - untersucht werden, ob der oben beschriebene Mechanismus auch greifen kann oder ob nach wie vor die Politisierung durch die religiös-säkulare Konfliktlinie vorangetrieben wird. Im Folgenden soll, dem gleichen Muster folgend, analysiert werden, ob auch in der religiösen Welt rechte Parteien ohne die explizite Rückbesinnung auf konfessionelle Konflikte moralische Themen politisieren können. Das politische System Österreichs ist in der Legislative gekennzeichnet durch die Aufspaltung in zwei Kammern, ähnlich dem deutschen System. Der Nationalrat ist die erste Kammer der Legislative auf Bundesebene. Ihm gehören 183 Abgeordnete an, die nach einem modifizierten Verhältniswahlrecht gewählt werden (Tálos 2000, S. 13). Das Parteiensystem Österreichs war von Beginn an durch so genannte „Lager“ (Tálos 2000, S.

22) geprägt. Dabei standen sich gut organisierte gesellschaftliche Ideologien gegenüber. Auf der einen Seite befinden sich Christlich-Konservative, auf der anderen Seite Sozialdemokraten. In dem Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre hinein war das Parteiensystem von dieser konfessionellen Konfliktlinie dominiert. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) erreichten bei Wahlen zusammen meist mehr als 90 Prozent der Parlamentsmandate. Mit dem Einzug der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und den Grünen in den Nationalrat veränderte sich das Parteiensystem (Tálos 2000, S. 22).

Mittels des CHES-Datensatzes lässt sich ermitteln welche Positionen die österreichischen Parteien auf dem politischen Spektrum einnehmen (Bakker et al. 2015). Wie aus der Grafik ersichtlich ist, wird die FPÖ von den Experten als rechts auf dem politischen Spektrum eingeordnet (siehe Abbildung 3). Aufgrund dieser Annahme wird die FPÖ wie zuvor die Dänische Volkspartei hinsichtlich ihrer Argumentationsstrukturen untersucht.

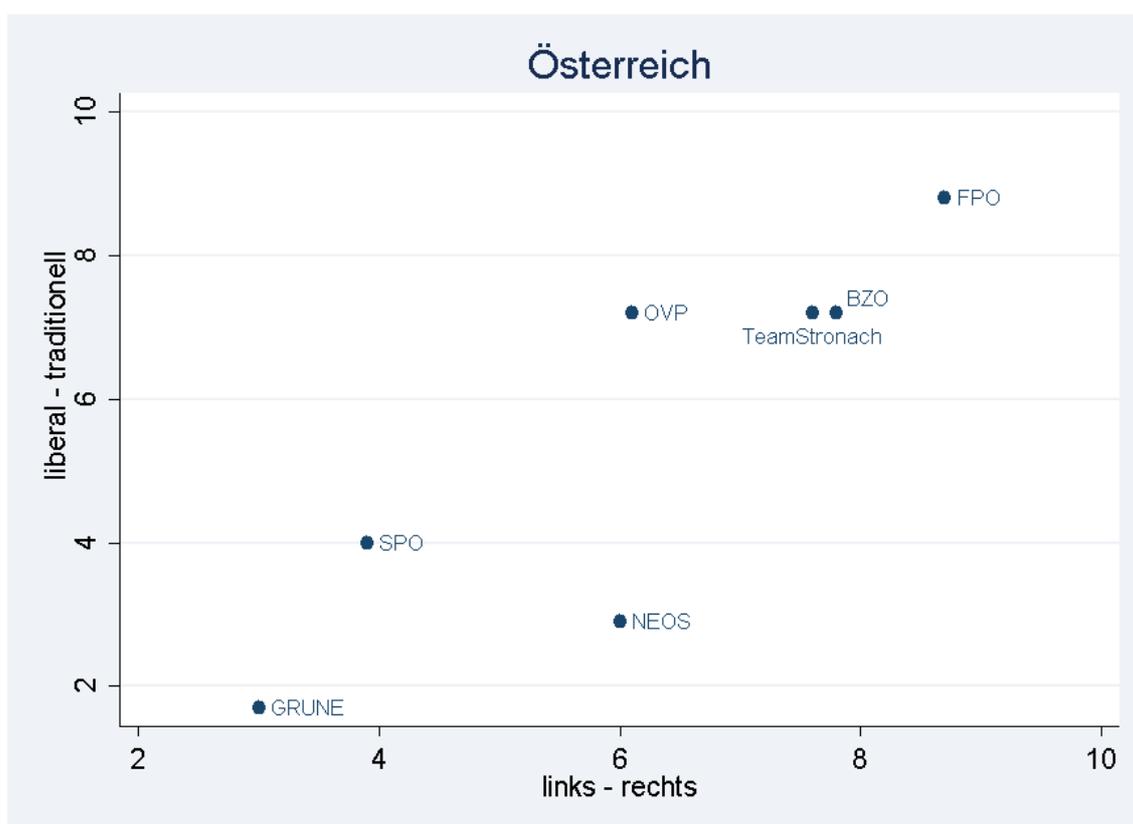


Abbildung 3: Positionen der österreichischen Parteien auf dem politischen Spektrum  
Anmerkung: Vollständige Liste aller Parteien und Positionen siehe Anhang Tabelle 3  
AnhangQuelle Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

Die FPÖ wurde 1955 als Partei mit liberalen und deutschnationalen Ansätzen gegründet. Bis Anfang der 1980er Jahre war die FPÖ mit 4,4 bis 7,7 Prozent der Wählerstimmen durchgehend in der Opposition (Tálos 2000, S. 24). Der Stimmanteil bei Wahlen stieg seither deutlich an und lag bei den letzten Nationalratswahlen bei 20,5 Prozent (Parlamentsdirektion Republik Österreich 2016).

Die eingetragene Lebenspartnerschaft von gleichgeschlechtlichen Paaren wurde in Österreich im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Ländern erst recht spät anerkannt. Im Jahr 2009 verständigte sich die Regierungskoalition im Nationalrat darauf, dass eingetragene Partnerschaften legalisiert werden. Die Trauung für homosexuelle Paare auf dem Standesamt war weiterhin nicht möglich. Innerhalb des Zivil-, Arbeits-, Ausländer-, Steuer- und Rentenrechts ist jedoch die Gleichstellung mit heterosexuellen Paaren vollzogen worden (Nationalrat 2009). Im August 2013 wurde auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare zunächst teilweise geöffnet (Parlament der Republik Österreich 2013). Die gemeinschaftliche Adoption leiblicher Kinder war somit für Homosexuelle möglich. Am 14. Januar 2015 gab der Verfassungsgerichtshof bekannt, dass das Adoptionsverbot für homosexuelle Paare aufgehoben wird (Verfassungsgerichtshof Österreich, Antrag auf Verfassungswidrigkeit 2014). Durch diese Entscheidung ist eine völlige Gleichstellung beim Adoptionsrecht hergestellt worden.

Im Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs findet sich in den Leitsätzen ihrer Politik folgende Definition von Familie wieder:

„Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit“ (Freiheitliche Partei Österreich 2011, S. 3).

Des Weiteren wird die Vorrangstellung der Ehe zwischen Mann und Frau durch den Schutze des Kindeswohls argumentiert. Die einzige Garantie für eine kinderreiche Gesellschaft sieht die FPÖ durch die Partnerschaft von Mann und Frau. Aus diesen Gründen lehnt die FPÖ ein eigenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ab (Freiheitliche Partei Österreich 2011, S. 8, 2015a). Bei der damaligen Diskussion zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare argumentierte die FPÖ-Familienspre-

cherin Anneliese Kitzmüller, durch das bereits vorhandene Rechtsinstitut der Eingetragenen Partnerschaft liege keine Diskriminierung von Homosexuellen vor. Eine Ausweitung auf die Ehe, geht für sie einher mit den „Aufweichungen familiärer Strukturen“ (Freiheitliche Partei Österreich 2015d). Das Familienbild bestehe aus der Ehe zwischen Mann und Frau und deren Kindern. Für die FPÖ kann nicht jede Form der Lebensgemeinschaft mit der Ehe gleichgesetzt werden und durch die eingetragene Partnerschaft erfahren die Homosexuellen ausreichend Berücksichtigung (Freiheitliche Partei Österreich 2015d). Auch das vollständige Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren wurde von der FPÖ abgelehnt. Den Tag der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zur Aufhebung des Adoptionsverbots durch homosexuelle Paare (Verfassungsgerichtshof, Antrag auf Verfassungswidrigkeit vom 2014) bezeichnete die Familiensprecherin der FPÖ als „[...] Schwarze[n] Tag für Österreichs Kinder“ (Freiheitliche Partei Österreich 2015b). Bei der FPÖ sieht man große Bedenken bei den Bedürfnissen der Kinder. So ist es für die FPÖ eine ernst zu nehmende Gefahr bei der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare, dass die Psyche der Kinder vernachlässigt wird (Freiheitliche Partei Österreich 2015b). Ein ähnliches Argument wird auch bei der Debatte um die Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes von der FPÖ hervorgebracht. Jedem Menschen stehe es frei, die eigene sexuelle Orientierung auszuleben, aber es müsse gleichzeitig gewährleistet sein, dass Kinder in einem möglichst natürlichen Umfeld aufwachsen. Die Kinder - ob durch künstliche Befruchtung oder Adoption - in die Familie gekommen, haben das Anrecht auf Vater und Mutter und dürfen nicht durch „gesellschaftspolitische Experimente“ benachteiligt werden (Freiheitliche Partei Österreich 2014).

Ein weiteres Argument, welches in vielen Arbeitspapieren und Pressemeldungen der FPÖ immer wieder vorgebracht wird, ist die Abgrenzung zur Österreichischen Volkspartei (ÖVP). So kritisiert die FPÖ das neue Parteiprogramm der ÖVP, da dort die eingetragene Partnerschaft als Rechtsinstitut verteidigt wird. Für die FPÖ kann der Schwerpunkt der Familienpolitik nicht auf den Modellen für homosexuelle Lebensgemeinschaften liegen, den sie jedoch bei der ÖVP vertreten sieht. So verlasse die Volkspartei ihre Grundsätze und versuche „Neos und Grüne links außen zu überholen“ (Freiheitliche Partei Österreich 2015c). Die ÖVP verfehle mit ihrer politischen Linie klar das Thema und ihre Genderpolitik habe mit der christlich-sozialen Politik nichts mehr gemein

(Freiheitliche Partei Österreich 2015e). Zuletzt war die Debatte um die Ausweitung der Väterkarenz für Frauen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften (Parlament der Republik Österreich 2015) ein Streitthema zwischen der Freiheitlichen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei. FPÖ-Abgeordnete Carmen Schimanek fasst die politische Linie der ÖVP aus der Sicht der Freiheitlichen wie folgt zusammen:

„Die christlich soziale Wertegemeinschaft rund um die ÖVP hat mit der Zustimmung zur Väterkarenz für Frauen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften einmal mehr ihre familienpolitische Inkompetenz bewiesen. [...] Dass sich die ÖVP schon lange nicht mehr ihren traditionellen Wurzeln verbunden fühlt, hat sie damit eindrucksvoll bewiesen“ (Freiheitliche Partei Österreich 2015f).

Abgesehen von diesen Parteikonflikten, wird wie bereits erläutert auch in Verfassungsgerichten moralische Konfliktthemen debattiert. Ein weiterer Austragungsort ist ebenfalls das Österreichische Parlament. Im Zuge der Debatte zum „Eingetragene-Partnerschaft-Gesetz“ (EPG) in der Sitzung des Nationalrats vom 10. Dezember 2009 argumentierte der FPÖ-Vorsitzende Heinz Christian Strache, dass die ehemalige Familienpartei Österreichs, die ÖVP, „voll in das Geheul des Zeitgeistes eingestimmt hat und dabei auch mitspielt“ (Parlamentsdirektion Republik Österreich 2009a), ferner erwarten er, seine Partei und die bürgerlichen Wähler ein anderes Vorgehen der „angeblich christlichen“ ÖVP. Die eheähnliche Privilegierung bei den eingetragenen Partnerschaften wird von der FPÖ strikt abgelehnt. Da die Ehe aus dem vertraglichen Versprechen resultiere, Kinder zeugen zu wollen muss ihr eine vorrangige Stellung eingeräumt werden. Da dieses Versprechen von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht umgesetzt werden kann, ergibt sich eine Ungleichheit der Partnerschaftsformen: Diese Ungleichheit könne nicht gleichgestellt werden und der Staat kann daher auch nicht verpflichtet werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu legitimieren (Parlamentsdirektion Republik Österreich 2009b). Auch Anneliese Kitzmüller (FPÖ) meldete sich in dieser Debatte zu Wort und verwies darauf, dass auch traditionelle Werte hochgehalten werden müssen und es im Interesse des Staates und des Volks sei für die Ehe und die Familie einzutreten (Parlamentsdirektion Republik Österreich 2009b). Der Gesetzesentwurf über die eingetragene Lebenspartnerschaft passierte den Nationalrat abschließend im Zuge einer namentlichen

Abstimmung im Nationalrat mit 110 Ja-Stimmen zu 64-Nein Stimmen, darunter alle 34 FPÖ-Abgeordnete (Parlamentsdirektion Republik Österreich 2009b).

### **Agenda-setting**

Anhand der oben vorgestellten Beobachtungen des Fallbeispiels Österreich soll nun die Empirie mit der *agenda-setting* Theorie verbunden werden.

### **Konfliktausdehnung**

Wie durch die vorgestellte Theorie zu erwarten war, ist die politische Aufmerksamkeit in einem Land der religiösen Welt recht hoch. Die politischen Parteien sind die zentralen Akteure, wenn es um moralpolitische Themen geht. Ihre Parteipositionen im Bezug auf moralpolitische Themen waren definiert durch den Konflikt zwischen religiösen und säkularen Positionen. Die Ergebnisse lassen jedoch den Schluss zu, dass zumindest eine Verschiebung der Positionen eingetreten ist.

### **Framing**

Was bei der Analyse der Argumentperspektiven der FPÖ im Bezug zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und das Adoptionsrecht von homosexuellen Paaren auffällt, ist die starke Gewichtung auf traditionalistische Grundwerte. Ebenfalls werden Gender-Argumente, wie das Vorhandensein von nur zwei Geschlechtern, verwendet, um die Unterschiede zwischen den Lebensgemeinschaften aufzuzeigen. Markant sind auch die Abgrenzungen zur Österreichischen Volkspartei und die offensichtliche Kritik am Policy-Wandel der ÖVP.

### **Austragungsorte**

Die dominierenden Schauplätze der Debatte um moralische Themen sind nach wie vor die politischen Parteien und *party politics*. Aber auch die Entscheidungen vom Verfassungsgerichtshof und die emotional geführten Debatten im Nationalrat zeigen auf, dass auch außerhalb der Parteien moralische Themen diskutiert werden.

## **Mechanismus**

Durch die oben aufgeführte Empirie sollte aufgezeigt worden sein, dass Parteien moralische Themen auch unabhängig von religiösen Konfliktlinien politisieren können. Dennoch können die religiösen Konfliktlinien, wie bei dem Fallbeispiel Österreich, nicht vernachlässigt werden. Engeli et al. beschrieben bei ihren Ausführungen zu konfessionellen Parteien in der religiösen Welt, dass diese Parteien im Zuge der Säkularisierung „unsäkulare“ Themen vertreten, um ihre Wählerschaft beizubehalten (Engeli et al. 2012b, S. 18). Dies findet sich auch in den Beobachtungen wieder. Die FPÖ kritisiert die ÖVP stark, da diese immer näher an die Sozialdemokraten rücken. Auch hier greift der zuvor beschriebene Mechanismus, der in der säkularen Welt zur Politisierung von moralischen Themen durch rechte Parteien führt. Wenn angenommen wird, dass die Säkularisierungstheorie zutrifft, dann ist durch die Modernisierung der Einfluss der Religion negativ beeinflusst worden (Pollack 2013). So müssen christliche Parteien annehmen, dass es im Zuge der Säkularisierung zu einer „Verkleinerung“ ihrer Stammwählerschaft kommen kann. Daher verfolgen viele konfessionelle Parteien „unsäkulare“ Strategien. Mit „unsäkularen“ Themen sind neue politische Argumente gemeint, die zwar von der Religion inspiriert sind, diese jedoch nicht mehr direkt adressiert (Engeli et al. 2012b, S. 13). Durch die Verfolgung von „unsäkularen“ Strategien erhoffen sich die konfessionellen Parteien attraktiver für eine breitere Wählerschaft zu sein.

Dadurch dass konfessionelle Parteien ihre konfessionellen Standpunkte aufgeben müssen, vertreten sie immer mehr „unsäkulare“ Themen und rücken so näher an progressive Parteien. Es entsteht rechts von den konfessionellen Parteien ein Vakuum, welches von rechten Parteien besetzt wird. Dabei vertreten die rechten Parteien traditionalistische Positionen, welche auch konservative Wähler ansprechen, ohne auf religiöse Argumente zurückgreifen zu müssen.

## **5. Fazit**

### **5.1 Generalisierbarkeit**

Nachdem mit Österreich und Dänemark jeweils ein Land aus der religiösen und säkularen Welt näher betrachtet wurde, soll dieser Teil der Arbeit einen Ausblick auf die mögliche Entwicklung von moralischen Debatten in anderen Ländern liefern. Es wurde aufgezeigt, dass sowohl in religiösen als auch in säkularen Ländern ein sehr ähnlicher Mechanismus dazu führen kann, dass rechte Parteien Anreize schaffen, auch moralische Themen auf die politische Agenda zu setzen. Nun kann aufgrund der geringen Fallzahl von zwei Fällen und dem sehr eingeschränkten Umfang der Politikinhalt, der Konzentration auf die gleichgeschlechtliche Partnerschaft und das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht von einer umfassenden Studie gesprochen werden. Deshalb ist bei den folgenden Aussagen zu der Generalisierbarkeit der Ergebnisse eher von einer anekdotischen Evidenz auszugehen.

Betrachtet man den Mechanismus, welcher es rechten Parteien ermöglicht moralische Themen zu politisieren, so können auch Aussagen über andere Länder getroffen werden. Am interessantesten erscheint der Ausblick auf Deutschland. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 eine Partei als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik gegründet. Bei der Europawahl 2014 gewann die AfD erstmals überregionale Mandate. Ebenfalls 2014 zog die AfD in die Landtage von Sachsen, Brandenburg und Thüringen ein. Innerhalb der letzten zwei Jahre zog die AfD in weitere fünf Landesparlamente ein. Von den Experten des CHES-Datensatzes wird die AfD im politischen Spektrum rechts von den Unionsparteien eingestuft. Da die AfD erst 2013 gegründet wurde und bis Anfang Juni 2016 kein Grundsatzprogramm beschlossen worden war, ist eine Analyse, ähnlich der Dänischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreich, zum heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Da sowohl in Dänemark als auch in Österreich die betrachteten Parteien etabliert waren, konnte auf eine größere Anzahl von Dokumenten zurückgegriffen werden. Trotz alledem soll anhand der Ergebnisse der Fallstudien und der Analyse von ausgewählten Dokumenten der AfD ein Ausblick auf eine mögliche Entwicklung in Deutschland gegeben werden. Bei der Analyse der Doku-

mente fallen ähnliche Argumente auf, wie sie auch von der FPÖ und der DF verwendet werden. So ist im Grundsatzprogramm der AfD ein Bekenntnis zur traditionellen Familie zu finden (Alternative für Deutschland 2016). Dabei wird die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, als Keimzelle der Gesellschaft verstanden, welche den Mittelpunkt der Familienpolitik bilden soll (Alternative für Deutschland 2016, S. 27). Konrad Adam, ehemaliger Bundesvorsitzender der AfD, spricht in einer Pressemitteilung davon, dass ungleiches nicht gleichbehandelt werden darf. Innerhalb einer Ehe besteht die Möglichkeit sich zur Familie zu erweitern, indem man Kinder zeugt. Homosexuelle Paare können keinen eigenen Nachwuchs zeugen, sondern nur adoptieren. Durch diesen Umstand könne die Ehe nicht mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleichgesetzt werden (Alternative für Deutschland 2016). Dieses Argument findet sich auch bei der Dänischen Volkspartei wieder. Ein weiteres Argument, welches bereits vorgestellt wurde und von der AfD aufgegriffen wurde, ist die Aushöhlung des Begriffs der Ehe. Bernd Lucke, damaliger AfD-Bundessprecher, sieht bei der Erweiterung des Ehe-Begriffs durch die Inklusion von homosexuellen Paaren die Gefahr, dass die Ehe zu einem nichtssagenden Konzept verkommt (Alternative für Deutschland 2014). Ähnliches sprechen sowohl FPÖ als auch DF an. Da Deutschland von Engeli et al. der religiösen Welt zugeordnet wurde, müsste sich ein Mechanismus finden, ähnlich dem bei der Analyse Österreichs. Es ist zu erwarten, dass konfessionelle etablierte Parteien sich durch die Säkularisierung gezwungen sehen unsäkulare Positionen zu vertreten. Dabei nähern sie sich progressiven Parteien an und andere Parteien können sich dann auf dem politischen Spektrum rechts von ihnen etablieren. Die Aussage des stellvertretenden AfD-Sprechers Alexander Gauland lässt den Schluss zu, dass genau dieser Mechanismus auch in Deutschland greift. Für Gauland ist keine klare Position der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in Sachen der Homo-Ehe erkennbar. Durch die Nicht-Positionierung der Altparteien bei solchen Themen ist für Gauland erkennbar, dass die Parteien „[...] weder den Mut noch die Fähigkeiten haben, die eigentlichen Probleme unserer Gesellschaft anzusprechen [...]“ (Alternative für Deutschland). Für Deutschland lässt sich daher die Vermutung anstellen, dass auch die AfD die Möglichkeit besitzt moralische Themen zu Politisieren und damit großen Einfluss auf die Gesetzgebung bei moralischen Themen in Deutschland ausüben kann.

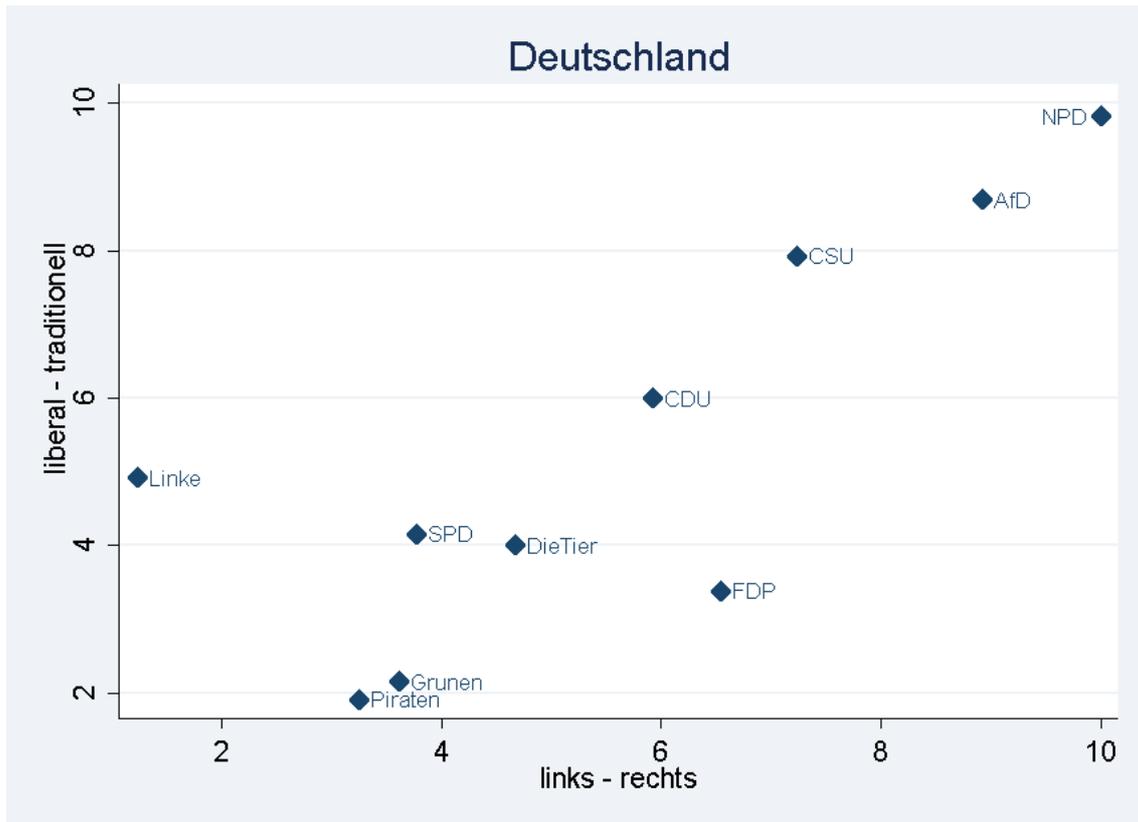


Abbildung 4: Positionen der deutschen Parteien auf dem politischen Spektrum  
 Anmerkung: Vollständige Liste aller Parteien und Positionen siehe Anhang Tabelle 3  
 Quelle Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

Mit dem Front National (FN) in Frankreich und der United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien sind zwei weitere rechte Parteien zu nennen, die das Potenzial besitzen eine Politisierung von moralischen Themen herbeiführen zu können. Bei diesen beiden Ländern ist jedoch anzumerken, dass die jeweiligen Wahlsysteme hohe Hürden aufweisen, welche einen Einzug in das jeweilige Parlament für die Parteien erschweren. Daher sind die Auswirkungen von rechten Parteien auf moralische Debatten in Frankreich und Großbritannien noch nicht so deutlich aufzuzeigen (siehe Anhang: Abb. 5, Abb. 6).

Ein weiterer Aspekt, der nicht unberücksichtigt gelassen werden darf, ist dass es nicht die Position der rechten Parteien zu moralischen Themen ist, die ihnen einen Zulauf an Wählern einbringt. Meist werden die rechten Parteien aus Protest gegenüber den anderen Parteien als eine Art „Opposition gegen den mainstream“ gewählt. Meist ist es wie in Dänemark und Österreich die Position zu der Immigrationspolitik, die viel Reso-

nanz bei den Wählern findet. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass sich kaum ein Wähler so umfassend informiert, dass er einen Überblick über alle Positionen zu den moralischen Themen besitzt. Dies bedeutet, dass rechte Parteien aufgrund ihrer Positionen zu anderen Themen gewählt werden und dann möglicherweise bei Themen wie Moralpolitiken Positionen vertreten, die nicht mit denen ihrer Wähler übereinstimmen. Dieser Sachverhalt fällt unter den Begriff der „unintended consequences“, entwickelt von Robert K. Merton. Merton beschreibt damit eine Handlung, die Ergebnisse hervorbringt, die nicht vorgesehen waren (Merton 1936). So ist ein „unexpected drawback“ ein unerwarteter negativer Nachteil zusätzlich zu dem gewünschten Effekt der Politik (Merton 1936, S. 903). Als mögliche Ursachen für diese unbeabsichtigten Konsequenzen führt Merton die Unwissenheit vieler Wähler an. Dabei wird die Unwissenheit verstanden als unvollständige Information über den Sachverhalt. Auch führt Merton an, dass viele Menschen aus falschen Anreizen den Sachverhalt zu unterstützen und so ebenfalls einen „unexpected drawback“ herbeiführen. So werden meist kurzfristige Interessen langfristigen übergeordnet (Merton 1936, S. 900). Dies lässt sich wie oben bereits dargestellt auch auf die Politisierung von moralischen Themen durch rechte Parteien anwenden. Das sehr aktuelle Thema der Immigrationspolitik wird hochgradig popularisiert und die langfristigen politischen Ziele der AfD bei Arbeitsmarkt- oder Rentenreformen finden kaum Beachtung. Ein Ausblick auf Frankreich und Großbritannien lässt ähnliches vermuten.

## **5.2 Zusammenfassung der Arbeit**

Diese Arbeit untersucht ausgehend von dem Engeli et. al. Ansatz der „two worlds of morality politics“ ob Parteien auch unabhängig von bestehenden religiös-säkularen Konfliktlinien im Parteiensystem moralische Themen politisieren können. Dazu wurde mit der *agenda-setting-theory* ein Instrument zur Untersuchung der Politisierung eingeführt, welches durch die vier Faktoren – *attention, actors, framing, venues* – beeinflusst wird. Dänemark wurde als *deviant case* zur bestehenden Forschung als theoretisches Puzzle eingeführt. Anhand einer qualitativen Dokumentenanalyse von Parteiprogrammen, Arbeitspapieren, Parlamentsdebatten und Pressemitteilungen wurde die Position der Dänischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs zum Thema der

gleichgeschlechtlichen Ehe und des Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ermittelt. Dabei ließ sich feststellen, dass die rechten Parteien hauptsächlich traditionelle Familienwerte in den Vordergrund stellen. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist aus der Sicht der Parteien abzulehnen, da die Ehe eine zu schützenswerte Institution ist, die aus der Verbindung von Mann und Frau besteht. Ebenfalls als Element der Ehe wird die Absicht Kinder zeugen zu wollen angesehen. Da es gleichgeschlechtlichen Paaren nicht möglich ist, aus ihrer Beziehung Kinder hervorzubringen, ist eine Ungleichheit der Partnerschaftsformen gegeben. Somit kann auch eine Gleichstellung aus Sicht der rechten Parteien zwischen der Ehe und der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft nicht erfolgen. Auch bei der Debatte um das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren lassen sich Ähnlichkeiten zwischen den Argumenten auffinden. So sehen die rechten Parteien das Wohl des Kindes als den wichtigsten Faktor bei der Debatte um die Adoption an. Ferner sehen rechte Parteien das Kindeswohl nur dann als gesichert an, wenn das Kind die Möglichkeit hat bei Vater und Mutter aufzuwachsen. Die Analyse der Beobachtungen ermöglicht im nächsten Schritt die Identifizierung von Mechanismen, die es rechten Parteien erlaubt moralische Themen zu politisieren. Der überzeugendste Mechanismus beschreibt, dass konservative Parteien bei Fragen zu moralischen Themen näher an progressive Parteien rücken und somit Platz für Parteien am rechten politischen Pol aufkommt. Die rechten Parteien ermöglichen durch das hervorbringen von traditionalistischen Argumenten, dass sich eine neue Konfliktlinie etablieren kann. Diese Konfliktlinie erlaubt es dann, dass moralische Themen politisiert werden können. Die Politisierung an der so neu geschaffenen Konfliktlinie verläuft nach demselben Muster wie zuvor an der religiös-säkularen Konfliktlinie.

### **5.3 Reflexion**

Es soll an dieser Stelle ebenfalls noch erwähnt werden, dass bis auf die Ausnahme der AfD, die untersuchten Parteien nicht als „neue“ rechte Parteien bezeichnet werden können. Die Gründung der Dänischen Volkspartei in den 1990er Jahren liegt schon 20 Jahre zurück und die Gründung der FPÖ erfolgte sogar schon im Jahr 1955. Es stellt sich daher die Frage, warum der Titel dieser Arbeit dann den Begriff der „neuen“ rechten Parteien trägt. Dies soll darauf verweisen, dass die Untersuchung von moralpolitischen

schen Standpunkten für Parteien nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführt wird. Es lässt sich nicht abstreiten, dass rechte Parteien in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus auch Themen, die wir heute der Moralpolitik zuordnen würden, nutzen, um eine Politisierung herbeizuführen.

Der Beitrag den diese Arbeit leisten sollte, die Beantwortung der Frage, ob eine Politisierung von Parteien auch unabhängig von konfessionellen Konfliktlinien im Parteiensystem möglich ist, wurde mit Hilfe zweier Fallbeispiele und ausgewählter Politikinhalte ermöglicht. Der herausgearbeitete Mechanismus ist unabhängig von konfessionellen Konfliktlinien, sowohl in Ländern der religiösen als auch in Ländern der säkularen Welt anwendbar. Es muss natürlich, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, eine größere Fallstudie durchgeführt werden. Ebenfalls sollten anhand anderer moralische Themen, wie Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe die Analyse der Politikinhalte erweitert werden, um ausschließen zu können das der Erklärungsansatz nur bei themenspezifischen Inhalten wie der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft funktioniert. Gleichermaßen ist bei der Untersuchung von der Politisierung eines Themas nicht nur, wie in dieser Arbeit aufgrund von Zeit-, Platz- und Ressourcenmangel nicht möglich, eine ebenso ausführliche Analyse der linken Parteien notwendig. Erst wenn die Politisierung durch rechte Parteien nachweisbare Auswirkungen auf konservative oder progressive Parteien hat, diese ihren Standpunkt zu moralischen Themen bestärken oder gar verändern kann, von einer Politisierung gesprochen werden. Auch ist bei der Untersuchung der Politisierung eines Politikfeldes ein Zeitvergleich anzuwenden. Erst wenn die verschiedenen Konfliktausweitungen, Akteure, Argumentationen und Austragungsorte der Debatten innerhalb eines Politikfeldes im Zeitvergleich betrachtet werden, kann eine Aussage über die Politisierung gemacht werden. So können Vergleiche von früher zu heute gezogen werden und umgekehrt.

Zum Schluss soll noch angemerkt werden, dass moralpolitische Themen wichtige gesellschaftliche Fragen behandeln und Inhalte der Politik darstellen. Deshalb verdienen diese Themen mehr Aufmerksamkeit seitens der Forschungsliteratur. Die Erforschung von Moralpolitik eröffnet neue Möglichkeiten wichtige Fragen über Politik und Gesellschaft zu beantworten.

## Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
ART	Assisted reproductive technology
CHES	Chapel Hill Expert Survey
DF	Dansk Folkeparti/ Dänische Volkspartei
EPG	Eingetragene-Partnerschaft-Gesetz
FN	Front National/ Nationale Front
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreich
KF	Det Konservative Folkeparti/ Konservative Volkspartei Dänemarks
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SD	Socialdemokraterne/ Sozialdemokraten
SF	Socialistisk Folkeparti/ Sozialistische Volkspartei Dänemarks
SPÖ	Sozialdemokratische Volkspartei Österreichs
RV	Det Radikale Venstre/ Radikale Linke
UKIP	United Kingdom Independence Party/ Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs
V	Venstre, Danmarks Liberale Parti/ Linke – Liberale Partei Dänemarks

## Literaturverzeichnis

- Albæk, E.; Green-Pedersen, C.; Larsen, L. T. (2012): Morality issues in Denmark: Policies without politics. In: Engeli, I., Green-Pedersen, C., Larsen, L. T. (Hg.): morality politics in Western Europe. London: Palgrave Macmillan UK, S. 137–160.
- Alternative für Deutschland: Wir leiden an Kindermangel und die Union debattiert über die Homo-Ehe. Online verfügbar unter <https://www.alternativefuer.de/gauland-wir-leiden-kindermangel-und-die-union-debattiert-ueber-die-homo-ehe/>, zuletzt geprüft am 03.07.2016.
- Alternative für Deutschland (2014): Begriff der Ehe darf nicht ausgehöhlt werden. Online verfügbar unter <https://www.alternativefuer.de/lucke-begriff-der-ehe-darf-nicht-ausgehohlt-werden/>, zuletzt geprüft am 03.07.2016.
- Alternative für Deutschland (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, 30.04.2016/01.05.2016. Online verfügbar unter <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, zuletzt geprüft am 03.07.2016.
- Bakker, R., Edwards; E., Hooghe, L., Jolly, S., Marks, G., Polk, J., Rovny, J., Steenbergen, M., Vachudova, M. (2015): 2014 Chapel Hill Expert Survey. Chapel Hill: University of North Carolina.
- Baumgartner, F. R., Jones, B. D. (1993): Agendas and instability in American politics. Chicago: University of Chicago Press.
- Bleiklie, I., Goggin, M., Rothmayr, C. (Hg.) (2004): Comparative biomedical policy. Governing assisted reproductive technologies. London: Routledge.
- Brygger, R. (2015): Her er 28 grunde til at Dansk Folkeparti ikke skal til magten. Partiet skal stilles til regnskab for de seneste års mange vilde udtalelser. Online verfügbar unter <http://politiken.dk/debat/profiler/rasmusbrygger/ECE2531531/her-er-28-grunde-til-at-dansk-folkeparti-ikke-skal-til-magten/>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Danmarks Statistik (2015): Resultater - Hele landet - Folketingsvalg torsdag 18. juni 2015. Online verfügbar unter <http://www.dst.dk/valg/Valg1487635/valgopg/valgopgHL.htm>, zuletzt aktualisiert am 20.06.2015, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Dansk Folkeparti: Spørgsmål & Svart. Homoseksuelle. Online verfügbar unter <https://www.danskfolkeparti.dk/Homoseksuelle>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Dansk Folkeparti (2002): Principprogram. Hg. v. Dansk Folkeparti. Online verfügbar unter <https://www.danskfolkeparti.dk/Ligestillingspolitik&prev=search>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Dansk Folkeparti (2009): Arbejdsprogram. Ligestillingspolitik. Online verfügbar unter <https://www.danskfolkeparti.dk/Ligestillingspolitik>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

- Dansk Folkeparti (2010): Homoseksuelle kirke-vielser er ikke en kamp for værdier men en kamp imod ægteskabe. Online verfügbar unter [http://www.danskfolkeparti.dk/Pia\\_Kj%C3%A6rsgaards\\_ugebrev\\_Homoseksuelle\\_kirke-vielser\\_er\\_ikke\\_en\\_kamp\\_for\\_v%C3%A6rdier\\_men\\_en\\_kamp\\_imod\\_%C3%A6gteskabet](http://www.danskfolkeparti.dk/Pia_Kj%C3%A6rsgaards_ugebrev_Homoseksuelle_kirke-vielser_er_ikke_en_kamp_for_v%C3%A6rdier_men_en_kamp_imod_%C3%A6gteskabet), zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Dearing, J. W., Rogers, E. M. (1996): *Agenda-setting*. Vol. 6. Thousand Oaks, California: Sage publications.
- Engeli, I. (2009): The challenge of abortion and ART policies in Europe. In: *Comparative European Politics* 7 (1), S. 56–74.
- Engeli, I., Green-Pedersen, C., Larsen, L. T. (Hg.) (2012a): *Morality politics in Western Europe*. London: Palgrave Macmillan UK.
- Engeli, I.; Green-Pedersen, C.; Larsen, L. T. (2012b): Theoretical perspectives on morality issues. In: Engeli, I., Green-Pedersen, C., Larsen, L. T. (Hg.): *Morality politics in Western Europe*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 5–26.
- Engeli, I., Green-Pedersen, C., Larsen, L. T. (2013): The puzzle of permissiveness. Understanding policy processes concerning morality issues. In: *Journal of European Public Policy* 20 (3), S. 335–352.
- Fink, S. (2008): Politics as usual or bringing religion back in? The influence of parties, institutions, economic interests, and religion on embryo research laws. In: *Comparative Political Studies* 41 (12), S. 1631–1656.
- Folketinget (2007): Forhandlinger Møde nr. 84. B 76 Forslag til folketingsbeslutning om at indføre en ægteskabslovgivning, som ligestiller homoseksuelle med heteroseksuelle. Online verfügbar unter <http://www.ft.dk/samling/20061/beslutningsforslag/b76/beh1-84/forhandling.htm?startItem=#nav>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Folketinget (2010a): Forslag til lov om ændring af lov om ægteskabs indgåelse og opløsning og forskellige andre love samt ophævelse af lov om registreret partnerskab. L 123 (Ægteskab mellem to personer af samme køn). Online verfügbar unter <http://www.ft.dk/samling/20091/lovforslag/l123/index.htm>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Folketinget (2010b): Forhandlinger Møde nr. 67. Forslag til lov om ændring af lov om ægteskabs indgåelse og opløsning og forskellige andre love samt ophævelse af lov om registreret partnerskab, 26.03.2010. Online verfügbar unter <http://www.ft.dk/samling/20091/lovforslag/L123/BEH1-67/forhandling.htm#dok>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Folketinget (2012): Forslag til lov om ændring af lov om ægteskabs indgåelse og opløsning, lov om ægteskabets retsvirkninger og retsplejeloven og om ophævelse af lov om registreret partnerskab. L 106 (Ægteskab mellem to personer af samme køn). Online verfügbar unter <http://www.ft.dk/samling/20111/lovforslag/L106/BEH1-58/forhandling.htm>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Fortin, J. (2012): The politics of gay marriage. Why liberal Denmark waited 23 years for legalization. In: *International Business Times*. Online verfügbar unter

<http://www.ibtimes.com/politics-gay-marriage-why-liberal-denmark-waite-d-23-years-legalization-705554>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.

Freedom House (2007): Freedom world report 2006. Denmark. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/freedomworld/2006/denmark>, zuletzt geprüft am 17.06.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Online verfügbar unter [http://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011\\_graz\\_parteiprogramm\\_web.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf), zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2014): Kitzmüller: Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter. Klares Nein zur Befruchtung für Lesbierinnen in Lebensgemeinschaften. Online verfügbar unter <http://www.fpoe.at/artikel/kitzmueller-kinder-haben-ein-recht-auf-vater-und-mutter/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015a): Wahlprogramm 2015. Wien wählt: Ja zu Familien statt Gender-Wahnsinn. Online verfügbar unter <https://www.fpoe.at/themen/wahlprogramm-2015/ja-zu-familien-statt-gender-wahnsinn/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015b): Kitzmüller zu Adoption für Homosexuelle: "Schwarzer Tag" für unsere Kinder. Kinderrechte bleiben auf der Strecke. Online verfügbar unter <http://www.fpoe.at/artikel/kitzmueller-zu-adoption-fuer-homosexuelle-schwarzer-tag-fuer-unsere-kinder/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015c): FPÖ-Kitzmüller: Weiß die ÖVP noch, was eine Familie ist? ÖVP-Parteiprogramm lasse Schlimmes vermuten. Online verfügbar unter <http://www.fpoe.at/artikel/fpoe-kitzmueller-weiss-die-oevp-noch-was-eine-familie-ist/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015d): FPÖ: Kitzmüller: Klares Nein zu "Ehe gleich" und Homo-Ehe. Eingetragene Partnerschaft reicht völlig aus. Online verfügbar unter <http://www.fpoe.at/artikel/fpoe-kitzmueller-klares-nein-zu-ehe-gleich-und-homo-ehe/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015e): Kitzmüller zu Karmasin: Familienpolitische Themenverfehlung. Online verfügbar unter <http://www.fpoe.at/artikel/kitzmueller-zu-karmasin-familienpolitische-themenverfehlung/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Freiheitliche Partei Österreich (2015f): Schimanek: ÖVP trägt sich selbst zu Grabe! Online verfügbar unter <http://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/fpoe-schimanek-oevp-traegt-sich-selbst-zu-grabe/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.

Gabriel, O. W., Niedermayer O., Stöss, R. (Hg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Henriksen, M. (2012a): Forhandling. L 106 Forslag til lov om ændring af lov om ægteskabs indgåelse og opløsning, lov om ægteskabets retsvirkninger og retsplejeloven og om ophævelse af lov om registreret partnerskab. Online verfügbar unter

<http://www.ft.dk/samling/20111/lovforslag/1106/beh1-58/92/forhandling.htm?startItem=#nav>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.

- Henriksen, M. (2012b): Forhandlinger (2). L 106 Forslag til lov om ændring af lov om ægteskabs indgåelse og opløsning, lov om ægteskabets retsvirkninger og retsplejeloven og om ophævelse af lov om registreret partnerskab. Online verfügbar unter <http://www.ft.dk/samling/20111/lovforslag/1106/beh2-92/8/forhandling.htm?startItem=>, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Hooghe, L., Bakker, R., Brigevich, A., Vries, C. De, Edwards, E. (2010): Reliability and validity of the 2002 and 2006 Chapel Hill expert surveys on party positioning. In: *European Journal of Political Research* 49 (5), S. 687–703.
- Knill, C., Preidel, C., Nebel, K. (2015a): Moralpolitik als Analysegegenstand. In: Knill, C., Heichel, S., Preidel, C., Nebel, K. (Hg.): *Moralpolitik in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 15–24.
- Knill, C., Heichel, S., Preidel, C., Nebel, K. (Hg.) (2015b): *Moralpolitik in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kollman, K. (2007): Same-Sex unions: The globalization of an idea. In: *International Studies Quarterly* 51 (2), S. 329–357.
- Lipset, S. M., Rokkan, S. (1967): *Party systems & voter alignments*. New York: The Free Press.
- Merton, R. K. (1936): The unanticipated consequences of purposive social action. In: *American Sociological Review* 1 (6), S. 894–904.
- Mooney, C. Z. (2001a): The public clash of private values. The politics of morality policy. In: Mooney, C. Z. (Hg.): *The Public Clash of Private Values*. New York: Chatham House, S.3-18.
- Mooney, C. Z. (Hg.) (2001b): *The Public Clash of Private Values*. New York: Chatham House
- Nationalrat (2009): *Eingetragenes Partnerschafts-Gesetz*. In: *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*. Online verfügbar unter [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2009\\_I\\_135/BGBLA\\_2009\\_I\\_135.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2009_I_135/BGBLA_2009_I_135.pdf), zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Østergaard-Hansen, P. (2008): Det siger partierne om vielse af homoseksuelle. Online verfügbar unter <http://www.kristendom.dk/danmark/det-siger-partierne-om-vielse-af-homoseksuelle>, zuletzt aktualisiert am 20.11.2008, zuletzt geprüft am 20.06.2016.
- Parlament der Republik Österreich (2013): Stiefkindadoption wird für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. SPÖ, ÖVP und Grüne beschließen Adoptionsrechts-Änderungen im Justizausschuss, aber keine Mehrheit für Fremdkindadoption. Online verfügbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2013/PK0568/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2013/PK0568/), zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Parlament der Republik Österreich (2015): Leichter Zugang zu Väternkarenz und Elternkarenz. Sozialausschuss beschließt zahlreiche Sozialrechtsänderungen. Online

verfügbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2015/PK1387/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK1387/), zuletzt geprüft am 02.07.2016.

- Parlamentsdirektion Republik Österreich (2009a): Parlamentarische Materialien. Online verfügbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ\\_00049/SEITE\\_0059.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ_00049/SEITE_0059.html), zuletzt aktualisiert am 23.06.2010, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Parlamentsdirektion Republik Österreich (2009b): Deutliche Mehrheit für die eingetragene Partnerschaft. Emotionale Debatte im Nationalrat. Online verfügbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2009/PK1097/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2009/PK1097/index.shtml), zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Parlamentsdirektion Republik Österreich (2016): Zusammensetzung des Nationalrates seit 1945 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses). Online verfügbar unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNr1945/>, zuletzt geprüft am 02.07.2016.
- Pollack, D. (2013): Säkularisierungstheorie. Online verfügbar unter <https://docupedia.de/zg/Saekularisierungstheorie>, zuletzt geprüft am 03.07.2016.
- Pollack, D., Müller, O., Pickel, G. (Hg.) (2012): The social significance of religion in the enlarged Europe. Secularization, individualization and pluralization. Farnham: Ashgate Publishing Ltd.
- Pollack, D., Pickel, G. (2000): Religiöse Individualisierung statt Säkularisierung? Eine falsche Alternative. Antwort auf die Replik von Wohlrab-Sahr und Krüggeler. In: *Zeitschrift für Soziologie* 29 (3), S. 244–248.
- Rothmayr, C., Varone, F., Serdült, U., Timmermans A.; Bleiklie, I. (2004): Comparing policy design across countries. What accounts for variation in ART policy. In: Bleiklie, I., Goggin, M., Rothmayr, C. (Hg.): Comparative biomedical policy. Governing assisted reproductive technologies. London: Routledge, S. 228–253.
- Rydgren, J. (2004): Explaining the emergence of radical right-wing populist parties. The case of Denmark. In: *West European Politics* 27 (3), S. 474–502.
- Schattschneider, E. E. (1960): The semi-sovereign people. A realist's view of democracy in America. Hinsdale Illinois: Dryden Press.
- Schmidt, M. G. (1997): Parteien und Staatstätigkeit. In: Gabriel, O. W., Niedermayer O., Stöss, R. (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 537–558.
- Tálos, E. Et al. (2000): Das politische System in Österreich. Online verfügbar unter <http://www.politischebildung.at/upload/polsystem.pdf>, zuletzt geprüft am 03.07.2016.
- Verfassungsgerichtshof Österreich, Antrag auf Verfassungswidrigkeit vom 11.12.2014, Aktenzeichen G119-120/2014-12 2014, S. 1–30.

# Anhang

Year	Social Democrats	Liberals	Conservatives	Socialist People's Party	Christian Democrats	Other Parties
1966	0	0	0	0		0
1986	0	0	0	abortion		Left Socialists (abortion)
1971	0	0	0	0	no program	0
1973	0	0	0	0	abortion	0
1975	0	0	0	0	abortion	0
1977	0	0	0	0	abortion	0
1979	0	0	0	0	abortion	0
1981	0	0	0	0	abortion	0
1984	0	ART	0	0	abortion, ART	0
1987	0	0	0	0	ART, embryo and stem-cell research	0
1988	0	0	0	0	Same-sex marriage, ART, embryo and stem-cell research	Progress Party (abortion)
1990	0	0	0	0	abortion	0
1994	0	0	0	0	abortion	0
1998	0	0	0	0	abortion, ART, embryo and stem-cell research	0
2001	0	0	0	0	abortion, ART, embryo and stem-cell research	0
2005	0	0	0	0	abortion, ART, embryo and stem-cell research	0
2007	0	0	0	0	0	0

Tabelle 2: Mention of morality issues in Danish party manifestos, 1966-2007  
 Quelle: Albæk et al. 2012 S.141

Land	Abkürzung Parteiename	Parteiename	Parteiename (Englisch)	links-rechts Position	liberale – traditionelle Position
Dänemark	SD	Socialdemokraterne	Social Democrats	4.4000000954	5.1999998092651367
	RV	Det Radikale Venstre	Danish Social Liberal Party	5.6999998093	1.8999999761581421
	KF	Det Konservative Folkeparti	Conservative People's Party	7.0000000000	7.1999998092651367
	SF	Socialistisk Folkeparti	Socialist People's Party	2.9000000954	3.0999999046325684
	V	Venstre, Danmarks Liberale Parti	Venstre, Liberal Party of Denmark	7.0000000000	5.6999998092651367
	EL	Enhedslisten—De Rød-Grønne	Red-Green Alliance	1.2000000477	2.0999999046325684
	DF	Dansk Folkeparti	Danish People's Party	6.9000000954	8.3999996185302734
	FolkB	Folkebevægelsen mod EU	People's Movement Against the EU	2.0000000000	2.7500000000000000
	LA	Liberal Alliance	Liberal Alliance	7.9000000954	2.5555555820465088
	Deutschland	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	Christian Democratic Union of Germany	5.9230771065
SPD		Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Social Democratic Party of Germany	3.7692308426	4.1538462638854980
FDP		Freie Demokratische Partei	Free Democratic Party	6.5384616852	3.3846154212951660
Grünen		Bündnis 90/Die Grünen	Alliance '90/The Greens	3.6153845787	2.1538462638854980
Linke		Die Linke	The Left	1.2307692766	4.9230771064758301
CSU		Christlich Soziale Union in Bayern	Christian Social Union in Bavaria	7.2307691574	7.9230771064758301
NPD		Nationaldemokratische Partei Deutschlands	National Democratic Party of Germany	10.0000000000	9.8181819915771484
AfD		Alternative für Deutschland	Alternative for Germany	8.9230766296	8.6923074722290039
Piraten		Piratenpartei Deutschland	Pirate Party of Germany	3.2500000000	1.9090908765792847
DieTier		Mensch Umwelt Tierschutz	Human Environment Animal Protection	4.6666665077	4.0000000000000000
PCF		Parti Communiste Français	French Communist Party	1.7500000000	3.9090909957885742
PS		Parti Socialiste	Socialist Party	3.8333332539	3.3636362552642822
PRG		Parti Radical de Gauche	Radical Party of the Left	3.8181817532	3.4166667461395264
EELV		Europe Écologie—Les Verts	Europe Ecology—The Greens	3.0833332539	1.4166666269302368

Land	Abkürzung Parteiename	Parteiename	Parteiename (Englisch)	links-rechts Position	liberale – traditionelle Position
	UMP	Union pour un Mouvement Populaire	Union for Popular Movement	7.6666665077	7.1666665077209473
	FN	Front National	National Front	9.6363639832	8.9166669845581055
	MPF	Mouvement Pour la France	Movement for France	9.1000003815	8.9090909957885742
	MODEM	Mouvement Democrat	Democratic Movement	5.9090909958	5.3636364936828613
	NC	Nouveau Centre	New Center	6.2727274895	6.2222223281860352
	PRV	Parti radical	Radical Party	6.1428570747	5.8571429252624512
	AC	Alliance centriste	Centrist Alliance	6.5999999046	6.1666665077209473
	PG	Parti de Gauche	Left Party	1.7000000477	2.4000000953674316
Großbritannien	Cons	Conservative Party	Conservative Party	7.0000000000	6.1428570747375488
	Lab	Labour Party	Labour Party	3.5714285374	3.4285714626312256
	LibDems	Liberal Democratic Party	Liberal Democratic Party	4.8571429253	2.4285714626312256
	SNP	Scottish National Party	Scottish National Party	3.0000000000	4.3333334922790527
	Plaid	Plaid Cymru	Party of Wales	3.2500000000	4.3333334922790527
	Green	Green Party	Green Party	1.8571428061	1.0000000000000000
	UKIP	United Kingdom Independence Party	United Kingdom Independence Party	9.1428575516	9.2857141494750977
Österreich	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich	Social Democratic Party of Austria	3.9000000954	4.0000000000000000
	ÖVP	Österreichische Volkspartei	Austrian People's Party	6.0999999046	7.1999998092651367
	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Freedom Party of Austria	8.6999998093	8.8000001907348633
	Grüne	Die Grünen	The Austrian Green Party	3.0000000000	1.7000000476837158
	BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich	Alliance for the Future of Austri	7.8000001907	7.1999998092651367
	NEOS	NEOS—Das Neue Österreich	NEOS—The New Austria	6.0000000000	2.9000000953674316
	TeamStro- nach	Team Stronach für Österreich	Team Stronach for Austria	7.5999999046	7.1999998092651367

Tabelle 3: Parteipositionen im Überblick

Quelle: Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

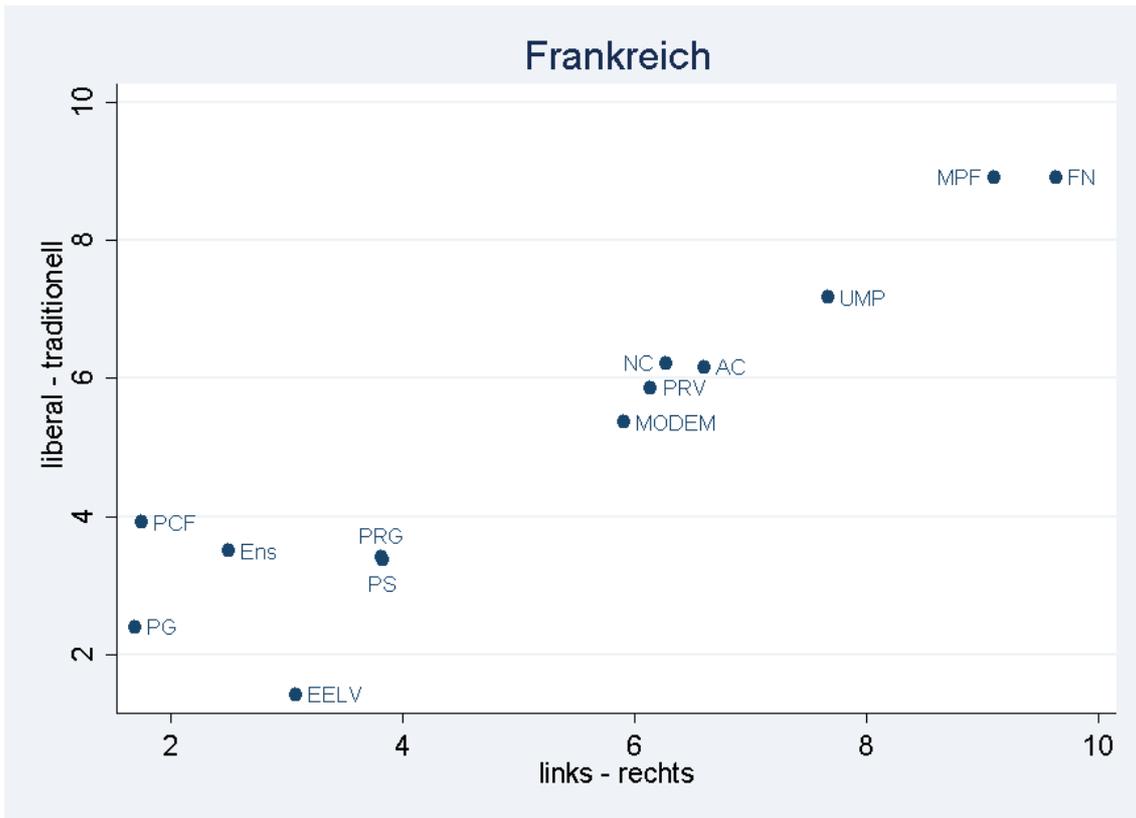


Abbildung 5: Positionen der französischen Parteien auf dem politischen Spektrum  
 Anmerkung: Vollständige Liste aller Parteien und Positionen siehe Anhang  
 Quelle Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

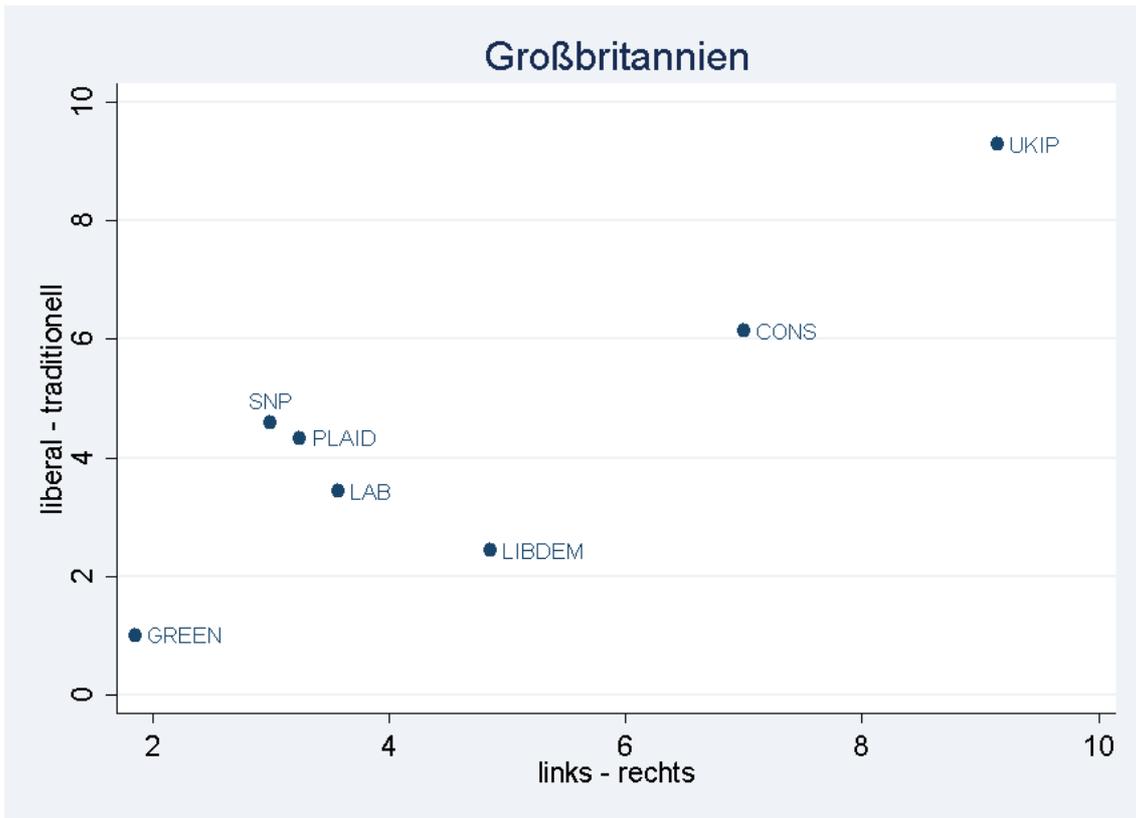


Abbildung 6: Positionen der Parteien des Vereinigten Königreichs auf dem politischen Spektrum

Anmerkung: Vollständige Liste aller Parteien und Positionen siehe Anhang  
 Quelle Chapel Hill Expert Survey (Hooghe et al., 2015), eigene Darstellung

## Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Bachelorarbeit unterstützt und motiviert haben.

Zuerst gebührt mein Dank Herrn Dr. Hurka, der meine Bachelorarbeit betreut und begutachtet hat. Für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich herzlich bedanken.

Ebenfalls möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Lehrstuhls Empirische Theorien der Politik unter der Leitung von Prof. Dr. Knill bedanken, für die zahlreichen interessanten Debatten und Ideen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass diese Bachelorarbeit in dieser Form vorliegt.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, die mir mein Studium durch ihre Unterstützung ermöglicht haben und stets ein offenes Ohr für meine Sorgen hatten.

Pia-Rebekka Arend,

München, 11.07.2016